



Karlspreis Europa-Forum 2004

Die Stärken des Großen Europa nutzen 18. - 19. Mai 2004



Internationaler
Karlspreis
zu Aachen

| BertelsmannStiftung





Karolus
impavit

magis
Annis 34

Karlspreis-Europa-Forum

2004



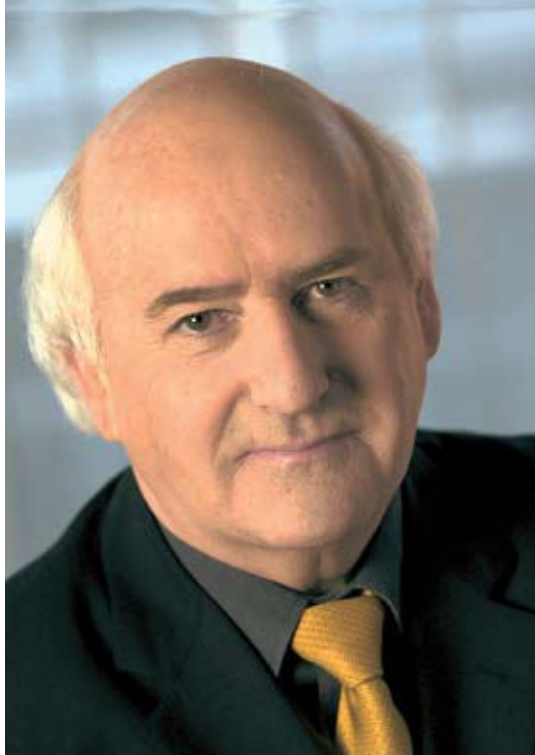
Karlspreis Europa-Forum 2004

Die Stärken des Großen Europa nutzen

18. - 19. Mai 2004, Aachen

4	Europas Existenzfragen	
	Vorwort von Prof. Dr. Werner Weidenfeld	
8	Das Jahr 2004 – Europa neu definieren!	
	Gedanken des Karlspreisträgers Pat Cox zum Karlspreis-Europa-Forum in Aachen 2004	
12	Europas Potenziale nutzen	
	Rede des ehemaligen Ministerpräsidenten des Königreichs der Niederlande, Wim Kok, zur Eröffnung des Karlspreis-Europa-Forums in Aachen 2004	
16	Die Stärken des Großen Europa nutzen	
	Diskussionspapier zum Karlspreis-Europa-Forum in Aachen 2004	
30	Die Stärken des Großen Europa nutzen	
	Tagungsbericht zum Karlspreis-Europa-Forum in Aachen 2004	
	I. Wer regiert Europa? Kerne – Koalitionen – Institutionen	
	II. Wie weit reicht Europa? Erweiterungsstrategien – neue Nachbarschaften – Selbstverständnis	
	III. Wie kann Europa neue Wirtschaftsdynamik entfalten?	
38	Europas Demokratie	
	Rede des irischen Europaministers, Dick Roche, zum Abschluss des Karlspreis-Europa-Forums und anlässlich der Verleihung des Karlspreises an Pat Cox	
42	Begründung des Direktoriums	
	der Gesellschaft für die Verleihung des Internationalen Karlspreises zu Aachen an den Präsidenten des Europäischen Parlaments, Pat Cox	
48	Programm	
50	Teilnehmer	
54	Publikationen	





Europas Existenzfragen

Vorwort

von Prof. Dr. Werner Weidenfeld

Mit der Erweiterung der Europäischen Union am 1. Mai 2004 hat Europa die Epoche der Spaltung endgültig hinter sich gelassen. Der Beitritt von acht mittel- und osteuropäischen Staaten sowie Maltas und Zyperns ist die Antwort der Europäer auf die historische Zäsur, die mit dem Jahr 1989 begann. Mit dem großen Europa der 25 Staaten hat sich die Integration als Konstruktionsprinzip für den gesamten Kontinent durchgesetzt. Neben allen Alltagsschwierigkeiten, die in der Wahrnehmung vieler Menschen eher zunehmen als abnehmen werden, muss das Gespür für die Dimension dieses Vorgangs bei den Bürgern und den politischen Akteuren über den Tag der Wiedervereinigung hinaus wach gehalten werden.

Fest steht, dass Europa in eine neue Ära eingetreten ist, für die neue Urteilskategorien gefunden werden müssen und die neuartige Herausforderungen in sich birgt. Auf diese kann mit dem bloßen Verweis auf historische Erfolge nicht geantwortet werden. Vielmehr müssen die vorhandenen Stärken des großen Europa strategisch zur Entfaltung gebracht werden. Vier Existenzfragen harren einer offenen Aussprache, um die notwendige elementare Neuausrichtung der Europapolitik zu bewirken.

Wie kann die Europäische Union langfristig ihre Legitimation sichern?

Politik beruht auf Gütern, die sie nicht selbst produzieren kann: Freiheit des Einzelnen, Moral, Gemein-sinn, Menschenwürde. Im Blick auf diese vorpolitische Substanz unseres öffentlichen Lebens war der in diesem Jahr erstmals doppelt vergebene Karlspreis eine wichtige Botschaft. Der außerordentliche Karlspreis, den Papst Johannes Paul II. im März entgegennahm, bringt die vorpolitische Verankerung der Politik deutlich zum Ausdruck. Ebenso knüpft der ordentliche Karlspreis, der am Tag nach dem Karlspreis-Europa-Forum an den Präsidenten des Europäischen Parlaments, Pat Cox, vergeben wurde, an diese Überlegung an. Der Gedanke der nicht verfügbaren Freiheit des Einzelnen ist im modernen Europa politisch übersetzt worden in den Gedanken kollektiver Freiheit, die ihren Ausdruck in der Volkssouveränität findet. Das Europäische Parlament ist Ausdruck dieser Souveränität. Die Einsicht, dass der einzelne Bürger die elementarste Machtquelle für alle politische Ordnung ist, ist tief in die historischen Wurzeln aller europäischen Völker eingeschrieben. Die Legitimation der politischen Ordnung Europas kann mithin nur darauf beruhen, dass wir alle, also nun mehr als 450 Millionen Bürger, diese Ordnung als unser gemeinsames Anliegen akzeptieren. Das Bekenntnis, Europäer zu sein, muss für eine bewusste Identifikation mit dem politischen System des großen Europa stehen.

Seit Jahrzehnten sprechen wir vor diesem Hintergrund unbefangen von einem Legitimationsdefizit der europäischen Integration. Dieser Hinweis auf Legitimationsdefizite war so lange hinnehmbar als das Europäische nur als ein Ornament des nationalen politischen Lebens verstanden wurde und faktisch auch nichts anderes bedeutete. Diese Zeiten sind jedoch vorbei. Heute ist das Europäische Kern der politischen Machtarchitektur. Das, was uns existenziell bindet, ist zu einem überwiegenden Teil ins Europäische ausgewandert, und damit rückt die Legitimationsfrage ins Zentrum.

Wie kann sich die Europäische Union eine zuverlässige Ordnung geben?

Die 450 Million Unionsbürger sind existenziell davon abhängig, dass ihre politische Ordnung zuverlässig die öffentlichen Güter produziert und ebenso verlässlich die öffentlichen Angelegenheiten regelt. Hier kommt die Europäische Union in zunehmendem Maße unter Leistungsdruck. Denn neben dem breit gefächerten, politisch-kulturellen Erbe ist die Union der 25 Mitgliedstaaten auch unter ökonomischen Gesichtspunkten deutlich vielschichtiger geworden. Die Sinnhaftigkeit der europäischen Verfassung wird vor dem Hintergrund zunehmender Heterogenität mit Händen greifbar: Zusammenführung der Rechtssubstanz in einem einzigen Dokument, Vereinfachung der Entscheidungsprozesse, Abschaffung der extrem verzerrenden Stimmgewichtungen im Rat, Annäherung an das allen Europäern wohl vertraute Zweikammersystem in der Gesetzgebung. Erst wenn diese Art unmittelbarer, begreifbarer, verlässlicher Ordnung gegeben ist, wird Europa in eine Ära neuer Möglichkeiten treten.

Diesen Imperativ handlungsfähiger Zuverlässigkeit hat die Europäische Union in eine Verfassung zu gießen versucht. Das gibt der Integration nicht nur Effizienz, es gibt ihr vor allem eine neue politische Würde: Der Legitimation wurde durch die grundsätzliche Neuorientierung der Entscheidungsfindung – die doppelte Mehrheit aus Bürgern und Staaten liegt ihr zugrunde – eine demokratische Basis gegeben, auch wenn es offenbar jenseits des Verständnishorizonts bürokratischer Prozentevirtuosen liegt, die die Verfassung nachträglich in den Nebel minimalistischer Verkürzungen zu



Wie kann Europa als Produzent weltpolitischer Stabilität wirken und damit gleichzeitig seine eigene Sicherheit garantieren?

Die Europäische Union verfügt über ein Potenzial von weltpolitischem Rang. Bei fast allen traditionellen Kennziffern liegen die europäischen Daten in der Weltspitze und vor denen der USA: Bevölkerungszahl, Anteil an der Weltproduktion, Anteil am Handel, Zahl der gut ausgebildeten Personen. Eine konzise Betrachtung der Stärken des großen Europa liegt in dem Strategiepapier vor, das das Centrum für angewandte Politikforschung und die Bertelsmann Stiftung als Diskussionsgrundlage für das Karlspreis-Europa-Forum 2004 erarbeitet haben und das Bestandteil der vorliegenden Broschüre ist. Trotz der offensichtlichen Zahlen wird niemand behaupten, dass die Europäer ihr vorhandenes Potenzial effizient und optimal zur Geltung bringen und damit eine tatsächlich aktive weltpolitische Größe geworden wären. Sicher gibt es ein aufkeimendes Bewusstsein für die Herausforderung, Europas Stärken zu bündeln und aktiv zu nutzen: So gibt es etwa die Anstrengungen, die im Rahmen des Lissabon-Prozesses zur Dynamisierung der ökonomischen Potenziale unternommen werden. Da ist nach außen der Versuch, sich mit den Strategiepapieren, die von dem Hohen Beauftragten für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik gebündelt werden, tastend einer gemeinsamen außenpolitischen Strategie zu nähern. Gleichwohl ist ein substanzieller Entwurf für eine wirklich verantwortungsvolle weltpolitische Rolle der Europäischen Union ebenso wenig zu finden, wie die Bereitschaft der europäischen Staatslenker, sich auf die gemeinsame Suche nach solch einer Strategie aufzumachen.

Dabei ist nicht erst seit dem Irakkrieg offensichtlich, dass Europa ein konsistentes Konzept für sein weltpolitisches Handeln braucht. Es muss ein mentaler Wandel stattfinden, der eine neue gemeinsame europäische Kultur strategischen Denkens und Planens nicht nur in Fragen regionaler Reichweite, sondern globaler Natur hervorbringt. Dies ist für sich genommen eine Aufgabe, die in ihrer Bewältigung und Relevanz Großprojekten wie der Gestaltung des gemeinsamen Binnenmarktes oder der Entstehung der gemeinsamen Währung gleich kommt.

Das dritte Karlspreis-Europa-Forum hat gezeigt, von welcher zentralen Bedeutung es ist, sich den hier aufgeworfenen Existenzfragen in einem offenen Austausch zu stellen. Auf Einladung der Bertelsmann Stiftung, des Oberbürgermeisters der Stadt Aachen, der Karlspreisstiftung und des Karlspreisdirektoriums diskutierten über 70 Akteure aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft an den Vortagen der Verleihung des Internationalen Karlspreises an den Präsidenten des Europäischen Parlaments. Inspiriert durch den Eröffnungsbeitrag des ehemaligen niederländischen Ministerpräsidenten Wim Kok beschäftigten sich die Teilnehmer aus zwölf europäischen Ländern und den USA mit der grundsätzlichen Frage, wie Europa seine in vielfältiger Hinsicht vorhandenen Stärken strategisch zur Entfaltung bringen kann. Sie setzten damit die Arbeit an der Agenda fort, die aus den Debatten der vorangegangenen Foren erwachsen war. Den roten Faden für die Debatten bot auch in diesem Jahr ein Strategiepapier des Centrums für angewandte Politikforschung und der Bertelsmann Stiftung.

A handwritten signature in blue ink, which appears to read 'Werner Weidenfeld'.

Prof. Dr. Werner Weidenfeld
Mitglied des Präsidiums der Bertelsmann Stiftung
Direktor des Centrums für angewandte Politikforschung
der Universität München

Wie lässt sich die Erweiterung der Europäischen Union mit dem Gebot der Handlungsfähigkeit verbinden?

Die heute 25 Mitgliedstaaten und 450 Millionen Unionsbürger markieren nicht den Endpunkt der Ausdehnung Europas. In den nächsten zehn bis 15 Jahren werden wir 550 Millionen Unionsbürger sein und entsprechend neue und verschärfte Herausforderungen an die Handlungsfähigkeit der Union stellen. Die innere Heterogenität wird trotz des gemeinsamen politischen Rahmens und trotz gemeinsamer Wirtschafts- und Währungsunion zunehmen. Die erhebliche Wohlstandskluft zwischen Alt- und Neumitgliedern wird sich mit den noch ausstehenden Erweiterungsrunden weiter vertiefen. Dazu werden sich die Probleme gesellen, die der demographische Wandel und die Migrationsbewegungen innerhalb der Europäischen Union sowie der Migrationsdruck von außen mit sich bringen. Im Äußeren kommt die Herausforderung durch eine veränderte Nachbarschaft hinzu.

Vor diesem Hintergrund wird das Gebot der Handlungsfähigkeit Europa zu einer internen Differenzierung zwingen. Im großen Europa werden sich Teilräume mehr oder weniger integrationswilliger und -fähiger Mitgliedstaaten herausbilden, die auf dem Wege differenzierter Integration voranschreiten. Nicht alle werden alles machen. Gleichzeitig dürfen nicht einige wenige die anderen davon abhalten können, sich effizient zu organisieren und in bestimmten Bereichen enger zusammenzuarbeiten. Entscheidend für die Zukunftsfähigkeit einer Europäischen Union mit 25 und mehr Ländern wird dabei sein, dass die großen Mitgliedstaaten bewusster integrationspolitische Führungsverantwortung übernehmen.

rücken versuchten. Demokratie lebt zudem von der Personalisierung der Politik. Durch den Präsidenten des Europäischen Rates, durch den gestärkten Kommissionspräsidenten und durch den Europäischen Außenminister bekommt Europa nun fassbare Gesichter, auf die sich Vertrauen und Misstrauen, Zustimmung und Ablehnung fixieren lassen. Daneben macht die Verfassung Europa effektiver und räumt zu weiten Teilen den bisherigen Wildwuchs beiseite: Mehrheitsabstimmungen werden deutlich ausgebaut, das Mitentscheidungsverfahren wird zum Regelverfahren – Europa wird praktisch zum Zwei-Kammer-System. Mit der offenen Methode der Koordinierung und der Möglichkeit differenzierter Integration sind zudem Instrumente in die Verfassung eingeflossen, die die Architektur der Integration in den kommenden Jahren entscheidend prägen werden, denn schon das Europa der 25 ist nicht mehr aus einem Guss zu gestalten.

Dennoch beantwortet die erste europäische Verfassung die Frage nach einer verlässlichen und funktionsfähigen Ordnung noch nicht in vollem Maße. Das Dokument ist wieder zu sperrig, zu umfangreich, zu detailliert. Es gibt in einzelnen Details auch Widersprüche. Für das Gesamtprofil der Integration bleiben solche Aspekte jedoch irrelevant. Für die historische Perspektive bleibt jedoch nur ein großes Manko der Verfassung bedeutsam: die fehlende Ordnung der Kompetenzen. Jede Verfassung verfügt im Kern über eine solche Ordnung der Zuständigkeiten – Verantwortung, Zurechenbarkeit, Rechenschaft, öffentliche Kontrolle. Schon in wenigen Jahren wird daher eine neue verfassungspolitische Selbstverständigung stattfinden müssen, auf die sich der europäische Sachverstand schon jetzt einrichten sollte.

Das Jahr 2004 – Europa neu definieren!

Gedanken des Karlspreisträgers Pat Cox
zum Karlspreis-Europa-Forum in Aachen 2004

8

Das Jahr 2004 wird ein Jahr der Neudefinierung und der Erneuerung Europas sein: ein Jahr, in dem die Union von 15 auf 25 Mitgliedstaaten anwächst; ein Jahr, in dem eine europäische Verfassung benötigt wird, um Europa zu beleben; ein Jahr, in dem europäische Wahlen stattfinden – von der Atlantikküste, wo mein Wahlbezirk Munster in Irland liegt, bis hin zur Ostgrenze der Baltischen Staaten. Dieses Jahr birgt eine kontinentale Dimension, wie sie Europa noch nie erfahren hat.

Die Europawahlen werden ein einzigartiges Ereignis sein und die erste gemeinsame Gelegenheit, um den Mitgliedern des Europäischen Parlaments aus 25 Mitgliedstaaten ein Mandat über fünf Jahre zu übertragen. Diese Abgeordneten werden die Geschichte dieses neuen Europa mitbestimmen.

Neben die politischen Debatten tritt die Debatte über die Auswirkungen auf das Leben der Menschen: Der Stabilitäts- und Wachstumspakt gut oder schlecht, tot oder

lebendig? Es wird debattiert über Sicherheitsfragen in Verbindung mit grenzüberschreitender Kriminalität, Drogen-, Waffen- und Menschenhandel, Asyl- und Migrationspolitik. Die ständige Debatte über Wirtschaftswachstum und Nachhaltigkeit: Was ist nachhaltige Entwicklung und was sind die wirtschaftlichen Nachteile? Außerdem geht es um die Beziehungen zwischen der EU und den Vereinigten Staaten. Die Irak-Krise ließ störende – wenn auch nicht neue – Verwerfungen im transatlantischen Engagement Europas erkennen.

Dies alles zusammen bewirkt, dass wir heute ein Zusammenspiel europäischer Themen in einer Form und einem Ausmaß erleben, wie wir es seit der ersten Direktwahl des Europäischen Parlaments im Jahr 1979 nicht mehr hatten.



Oberbürgermeister Jürgen Linden begrüßt die Teilnehmer des dritten Karlspreis-Europa-Forums im Weißen Saal des Aachener Rathauses

Demokratie ist kein Porzellan

So weit meine politische Erfahrung reicht, ging es bei früheren europäischen Wahlen meist um alles andere als um europäische Themen. Mein Appell ist einfach: Bringen wir Europa und europäische Themen in den europäischen Wahlkampf ein und führen wir eine echte europäische Debatte!

Diese Wahl gibt uns die Möglichkeit, die verschiedenen dynamischen Prozesse und Kulturen des gesamten europäischen Kontinents zur Geltung zu bringen. Es werden 732 Mandatsträger aus dieser Wahl hervorgehen, deren kollektive Macht, die Rechtsetzung in der EU zu beeinflussen, in vielen Bereichen der Politikgestaltung das Äquivalent zur Summe der Politikgestaltung aller 25 Mitgliedstaaten sein wird. Das ist ein mächtiger Einfluss!

Wenn wir beispielsweise unterschiedliche Ansichten über den Stabilitätspakt haben, sollten wir ihn nicht als heilige Kuh betrachten. Führen wir die Diskussion! Wenn es Spannungen bezüglich der Ansichten verschiedener Mitgliedstaaten über die Beziehungen Europas zu den USA gibt, dann lasst uns darüber sprechen. Demokratie ist kein Porzellan. Sie besteht nicht aus zerbrechlichen Gegenständen, die unter dem Gewicht und der Spannung der öffentlichen Meinung zerbrechen. Im Gegenteil: Wenn die Demokratie gesund sein soll, dann müssen wir diese Energien zulassen.

Zu oft besteht in Europa die Tendenz, großen Debatten dieser Art auszuweichen, weil wir Angst haben, etwas kaputt zu machen. Wann aber hat das Licht der öffentlichen Diskussion jemals einen politischen Prozess untergraben? Das Schlimmste, was Europa passieren kann ist, dass die Themen von grundsätzlicher Bedeutung zur Obsession und Belastung werden, weil nicht darüber gesprochen werden kann. Die Bürger wollen wissen, wie die Europäische Union sich auf ihr Leben auswirkt. Also führen wir eine Debatte, die Europa real und fassbar macht.

Mit klarer Sprache überzeugen

Manche argumentieren, die Bürger seien nicht an der EU interessiert, und die Debatte europäischer Themen lasse sie kalt und führe zu einer noch geringeren Beteiligung an den kommenden Wahlen als im Jahr 1999. Ich bin jedoch der Überzeugung, dass man nur dann eine Reaktion und Interesse erwarten kann, wenn man in einer klaren Sprache spricht.

Ich leugne nicht, dass die zurückgehende Wahlbeteiligung ein Problem ist. Es betrifft jedoch beileibe nicht nur die europäischen Wahlen. Schaut man sich Studien über westliche Demokratien an, so stellt man fest, dass schon über längere Zeit eine abnehmende Wahlbeteiligung zu verzeichnen ist, gegen die fast kein Land immun ist. Das Europäische Parlament ist jedoch ein besonders schwerer Fall dieser verbreiteten Virus-erkrankung.



Jürgen Linden, Hermann Krämer, André Leysen, Walter Eversheim, Wim Kok und Werner Weidenfeld nehmen die Teilnehmer auf den Stufen des Aachener Rathauses in Empfang

Wie gerne sähe ich eine Umkehrung dieses Trends in Ländern wie Großbritannien und den Niederlanden, welche beide in den letzten Europawahlen eine außergewöhnlich niedrige Wahlbeteiligung hatten; 24 Prozent

Pat Cox, Träger des Internationalen Karlspreises zu Aachen 2004, mit dem Oberbürgermeister der Stadt Aachen, Jürgen Linden, am Tag der Preisvergabe



der Wähler gingen in Großbritannien zu den Urnen. Wir dürfen jedoch auch nicht vergessen, dass die Beteiligung an den letzten Präsidentschaftswahlen in den Vereinigten Staaten von Amerika und die Beteiligung an den letzten Wahlen zum Europäischen Parlament nur wenige Prozentpunkte auseinander lagen. Schließt daraus jemand, dass es dem US-Präsidenten an Legitimität mangelt?

In einer früheren Generation, zur Zeit der so genannten "Gründungsväter", bestand ein Konsens über das Thema Europa unter den Bürgern. Diese Menschen hatten eine schreckliche Alternative durchlebt: das Europa der alten imperialistischen Zeit, die zum Ersten Weltkrieg und zum Ende des Empire führte; das Europa der wuchernden Ideologien, die im Zweiten Weltkrieg endeten, und das Europa der wuchernden Ideologien, aus denen der Kalte Krieg entstand.

Es herrschte das Gefühl, dass gemeinsames Handeln durch "kreative Versöhnung" – um den Kernsatz von

Schumans berühmter Rede von 1950 zu verwenden – gut war. Heute müssen wir uns die Zustimmung zu Europa verdienen. Und dies nicht, weil es heute in Europa keinen Frieden gäbe, sondern weil dieser heute als gegeben gilt und die Menschen nicht mehr motiviert.

Deshalb ist es unerlässlich, Kampagnen mit einer Botschaft zu führen, die sich auf Realitäten gründet. Bei dieser Debatte dürfen wir nicht in irgendeiner abstrakten Form über Europa sprechen, und wir sollten nicht als Politiker über Europa in einer abstrakten, nur Insidern verständlichen eurotechnischen Geheimsprache reden. Wir müssen eine klare Sprache sprechen über Dinge, die die Bürger auch wirklich berühren.

Wir müssen beispielsweise sagen, dass es in einer Welt, die so viele Sicherheitsrisiken und Bedrohungen der Demokratie kennt, durchaus sinnvoll ist, unsere Anstrengungen zu koordinieren, statt allein zu handeln. Europa kann in diesem Bereich ein Zugewinn sein. Wir müssen gemeinsam handeln, weil wir gemeinsam mehr erreichen können als allein.

Das Europa der Werte stärken

Wir haben auch eine Generation junger Leute, die sehr interessiert ist an Themen wie Umwelt und Nachhaltigkeit, und zwar viel mehr als die Generation ihrer Eltern und Großeltern. Und eines ist sicher: Die grenzüberschreitende Umweltverschmutzung ist nicht durch Maßnahmen einzelner Länder im Alleingang zu beseitigen. Europa kann hier etwas bewirken.

Vor allem müssen wir in unseren Kampagnen, in unserem Umgang mit den Medien, in Debatten, in unseren

Parteien und mit unseren Wählern über ein Europa sprechen, das für sie wirklich Bedeutung hat: über das Europa der Werte, nicht ein steriles Europa der Märkte und nicht über die Komplexitäten der Gemeinsamen Agrarpolitik. Zu oft und zu leicht bekommen die Bürger den Eindruck, dass Europa ein ergiebiger Markt für erfolgreiche Marktteilnehmer ist und dass es nichts mit ihnen selbst zu tun hat. Nichts ist weiter von der Wahrheit entfernt. Europa bedeutet viel mehr.

Schauen wir uns die Rechtsetzung im Parlament an: Viel öfter geht es um den Verbraucher als um den großen Marktteilnehmer. Es geht oft um Nachhaltigkeit und Umwelt. Es geht darum, wie wir sicherstellen können, dass es in unseren Volkswirtschaften nachhaltige Arbeitsplätze und nachhaltiges Wachstum gibt. Hier geht es nicht um das große Geschäft, hier geht es um Fragen des täglichen Lebens.

Um Europa eine echte Bedeutung zu geben, müssen wir in unseren Kampagnen über die Werte der pluralistischen Demokratie sprechen, die der Europäischen Union zugrunde liegen. Nicht aus Zufall ist Spanien nach Franco, ist Portugal nach Salazar, ist Griechenland nach der Militärjunta beigetreten und treten jetzt die Staaten Mittel- und Osteuropas nach dem Zusammenbruch des Sowjetreichs bei. Eine pluralistische Demokratie ist Voraussetzung, sonst kann niemand Mitglied im Club werden.

Wir müssen über Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit sprechen. Ich bin stolz darauf, dass Europa führend war bei der Einrichtung des internationalen Strafgerichtshofs in Den Haag. Ich ziehe den rechtmäßigen Prozess des internationalen Strafgerichtshofs der Abwesenheit von Prozessen in Guantanamo Bay vor. Auch über unsere Werte der Solidarität und des Zusammenhalts sollten wir sprechen. Selbst wenn wir noch

Jürgen Linden heißt den ehemaligen Regierungschef der Niederlande, Wim Kok, in Aachen willkommen



mehr tun könnten, so ist die Europäische Union doch die größte Gebergemeinschaft, wenn es um Hilfe für die ärmsten Länder der Welt geht. Die EU und ihre Mitgliedstaaten geben zusammen jedes Jahr zweieinhalb Mal so viel an ungebundener staatlicher Beihilfe wie die USA.

Wenn man in einer klaren und einfachen Sprache mit den Menschen spricht, wenn man zu ihnen spricht über ein Europa der Werte und ein Europa, das eine unmittelbare Auswirkung auf ihr Leben hat, und wenn man mit Überzeugung und Leidenschaft spricht, so bin ich sicher, dass man auch auf Widerhall stößt.



Gespräche am Rande des Forums
im Weißen Saal des Aachener Rathauses

Europas Potenziale nutzen

Rede des ehemaligen Ministerpräsidenten
des Königreichs der Niederlande, Wim Kok,
zur Eröffnung des Karlspreis-Europa-Forums
in Aachen 2004

12

Am 1. Mai 2004 haben wir einen historischen Schritt getan: Die Europäische Union wurde um zehn neue Mitgliedstaaten erweitert. Dies war ein Schritt ohnegleichen, denn damit wurden die Länder des europäischen Kontinents, die in Folge des letzten Weltkrieges geteilt waren, wiedervereint. Vorangegangene Erweiterungen fanden stets in einem geteilten Europa statt, diese jedoch bringt uns dem Traum der Gründerväter der Union nahe: Europa einig und frei zu machen.

Seit meiner Jugend bin ich ein überzeugter Europäer. Ich erinnere mich an den letzten Weltkrieg und weiß um den Wert von Frieden, Stabilität und Wohlstand. Ich weiß, wie viel wir dem Prozess der europäischen Integration im vergangenen halben Jahrhundert zu verdanken haben. Die Kriege und Gewalttätigkeiten im ehemaligen Jugoslawien haben gezeigt, was wir Europäer einander antun können, wenn die Kräfte der Zersetzung Oberhand gewinnen.

Deshalb bleibt die Erweiterung der Europäischen Union für mich die Erfüllung einer Vision, einer Vision, die allzu leicht vergessen wird, sobald Sicherheit und Wohlstand innerhalb Europas als selbstverständlich hingenommen werden. Wenn wir jedoch innehalten und darüber nachdenken, so erkennen wir, was die EU und ihre Erweiterung wirklich bedeuten: die Wiedervereinigung der Völker Europas in einem konstitutionellen Rahmen, der sie ermutigt, in Frieden und Stabilität zusammenzuarbeiten.

Für die Völker Zentral- und Osteuropas symbolisiert unser Europa die Werte, nach denen sie sich seit mehr als einer Generation sehnten – die gesamte Ära hindurch, der wir den Namen Kalter Krieg gegeben haben. Ihre Rückkehr nach Europa war mehr als ein Symbol für diese Länder: Die Aussicht auf eine EU-Mitgliedschaft hat dazu beigetragen, die Einführung der pluralistischen Demokratie und der Marktwirtschaft unumkehrbar zu machen und sie auf den Pfad der Reformen zu führen. Die Aussicht auf diesen "sta-



"Wir müssen die Stärke, den politischen Willen und die Kreativität des erweiterten Europa nutzen" – Wim Kok



bilen Anker" war die Vorbedingung zur Wiederherstellung wirtschaftlicher Blüte, die wiederum zur Stabilität in dieser Region beigetragen hat.

Der Weg nach Europa war jedoch nicht einfach. Der Transformationsprozess hat zu massiven Veränderungen geführt. Nicht jeder hat im selben Maß von den neuen Möglichkeiten profitiert. Alte Formen der Geborgenheit gingen verloren. Für mich ist klar, dass die Kosten der Erweiterung nicht mit dem Budget der EU gemessen werden können: Die weitreichendsten Effekte der Anpassung haben die neuen EU-Mitglieder bereits erfahren.

Wir sollten uns jedoch darüber im Klaren sein, dass die Erweiterung zu einem Zeitpunkt stattfindet, zu dem die Europäische Union vor großen Herausforderungen steht. Dies betrifft insbesondere Europas interne Kohäsion, seine wirtschaftliche Leistung und seine globale Rolle.

Europas innerer Zusammenhalt

Was interne politische Fragen angeht, sollten die EU und ihre politischen Führer auf die Belange ihrer Bürger mit ermutigenden Antworten reagieren. Es ist immens wichtig, dass die Verhandlungen zwischen den Regierungen über den Verfassungsentwurf ohne weitere Verzögerung zum Abschluss kommen. Das Ergebnis dieser Verhandlungen sollte von sämtlichen Regierungen gegenüber ihren Parlamenten und Bürgern mit Nachdruck vertreten werden. Wir brauchen ein Regierungssystem, das eine bessere Balance

Wim Kok, der ehemalige Ministerpräsident der Niederlande, eröffnet das Karlspreis-Europa-Forum 2004

zwischen den gleichgewichtigen Anforderungen der "Effizienz" und der "demokratischen Legitimität" bringt. In gewisser Hinsicht muss die EU sich selbst neu erfinden. Das derzeitige Umfeld ist dafür jedoch nicht geschaffen, es ist weit davon entfernt, neue Ambitionen und große Ideen hervorzubringen. Unter den Bürgern Europas herrscht ein wachsendes Gefühl von Unsicherheit und – wie der diesjährige Gewinner des Karlspreises Pat Cox schreibt – es gibt eine wachsende Kluft im Verständnis zwischen den auf europäischer Ebene agierenden Politikern und den Bürgern.

Daher brauchen wir verbesserte Entscheidungsprozesse sowie politischen Willen und Entschlossenheit, eine wirklich europäische Politik in der erweiterten Union durchzusetzen. Die Erweiterung zeigt uns den Bedarf und gibt uns die Gelegenheit, die Qualität unserer Regierungsfähigkeit zu verbessern. Dies muss zu dem Durchbruch führen, den die politische Union erfordert.

Aus meiner Sicht präsentiert das von der Bertelsmann Stiftung vorgelegte Strategiepapier eine ganze Reihe interessanter Ideen, deren Gedanken weiterreichen als dies im derzeit diskutierten Verfassungsentwurf der Fall ist. Politische Führungsfähigkeit, stärkere Personalisierung und Sichtbarkeit der europäischen Politik sind ebenso wichtig wie klare, effektive und transparente Entscheidungsprozesse. Europa braucht beides.



Diskutierten Aspekte der Eröffnungsrede:
Wilhelm Bürklin und Johannes Meier

Die wirtschaftliche Leistung Europas

Gleichzeitig muss Europa dringend seine wirtschaftliche Leistung verbessern. Globalisierung und weltweite wirtschaftliche Veränderungsprozesse haben zunehmend drastische Auswirkungen auf unsere europäische Lebens- und Arbeitsweise. Wir brauchen viel schnellere Antworten auf Veränderungen und dafür auch ein effektiveres politisches und wirtschaftliches Management. Die rapide Alterung unserer Bevölkerung erfordert höhere Beschäftigungs- und Produktivitätsraten. In ihrer Lissabon-Strategie erklärten die Führer der Europäischen Union, es sei ihr gemeinsames Ziel, die Union bis 2010 zum wettbewerbsstärksten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt machen zu wollen. Die Strukturreformen, die für ein langfristiges und stabiles Wirtschaftswachstum und für eine dynamische Antwort auf die Globalisierung unabdingbar sind, stehen bisher jedoch noch aus.

Wir verlieren sowohl im Vergleich zu den USA als auch zu anderen Wirtschaftsräumen der Welt an Boden. So hatten wir etwa in den vergangenen fünf Jahren kaum die Hälfte an Produktivitätszuwachs pro Beschäftigtem, wie ihn die USA vorzuweisen haben. Europa braucht definitiv mehr Menschen in Beschäftigung, und diese müssen produktiv arbeiten.

Wir brauchen entschieden mehr Investitionen in die Ausbildung der Menschen, aber auch mehr Innovationen und Reformen, um in einem größeren Markt mehr Wachstum, höhere Wettbewerbsfähigkeit und

Wim Kok und Jürgen Strube auf dem Weg zum Couven Museum

Beschäftigungszuwachs zu erzielen. Die neuen Mitglieder eröffnen der EU die Chance und stellen sie zugleich vor die Herausforderung, die Reformen der Wirtschafts- und Sozialpolitik, die schon zu einem früheren Zeitpunkt notwendig gewesen wären, alsbald zu realisieren. Erweiterung ist auf diese Weise ein Impuls zur Erneuerung. Und ohne Erneuerung wird die Lebensfähigkeit unserer Wohlfahrtssysteme früher oder später auf der Strecke bleiben.

Wir sollten endlich mit dem ehrlichen Versuch beginnen, eine Balance zwischen der Notwendigkeit zu Reformen und dem Wunsch nach sozialer Gerechtigkeit und fairen Chancen für alle zu schaffen. Im Grunde genommen sind diese Zielvorgaben nicht widersprüchlich, sondern bedingen und tragen sich gegenseitig. Wir wollen dabei keine Kopie des amerikanischen Modells, sondern einen Reformweg finden, der auf den sozialen Werten und Traditionen fußt, die wir als Europäer teilen.

Europas Rolle in der Welt

Aus einer globalen Perspektive betrachtet und angesichts des massiven Problemdrucks ist die EU wie nie zuvor herausgefordert, sich selbst als globalen Spieler zu verstehen. Die fortschreitende Globalisierung führt zu neuen Wettbewerbsbedingungen in der Welt. Gleichzeitig nehmen Konflikte und Krisenherde zu und die Europäer werden zunehmend gefordert, sich als

friedensschaffender und friedenserhaltender Akteur zu engagieren. Mit den Anschlägen von Madrid ist die Bedrohung durch den internationalen Terrorismus in Europa deutlicher geworden. Das Gefühl der Sicherheit bei den Europäern ist erheblich gestört und die Menschen wissen: Wir dürfen uns nicht länger als Zuschauer fühlen.

Europa muss seine Chance für größere Autorität, Kohärenz und Einfluss auf der internationalen Bühne ergreifen. Mit einer Stimme zu sprechen wird Europa helfen, den Herausforderungen der Globalisierung zu begegnen, die alle Belange des Lebens der Menschen in Europa berühren. Mit 455 Millionen Einwohnern und ihrem ökonomischen Gewicht ist die EU stark genug, Einfluss und Mitsprache im globalen Geschehen zu beanspruchen. Die EU kann diesen Einfluss jedoch nur geltend machen, wenn sie in der Lage ist, eine klare politische Linie zu zeichnen und mit einer Stimme zu sprechen. Zu oft klafft immer noch eine Lücke zwischen dem politischen Willen und einer gemeinsamen strategischen Planung. Das erweiterte Europa muss sich als eine strategische Gemeinschaft weiterentwickeln, seine operativen militärischen Fähigkeiten verbessern und seine Beziehungen zu den Schlüsselakteuren der Weltpolitik neu definieren. Nur wenn Europa in der Lage ist, eine neue Kultur des globalen politischen Denkens zu verinnerlichen, wird es ausreichend Einfluss auf die internationale Politik nehmen können.

Diese drei Herausforderungen – intern, extern und ökonomisch – begleiten die erweiterte Union. Die gesamte EU muss effektiv auf die Bedürfnisse seiner Bewohner antworten, ihre wirtschaftliche Dynamik wiedererlangen und ihre politische Rolle in der Welt definieren.

Ich glaube, dass das Momentum der Erweiterung der Union uns die Möglichkeit bietet, den Herausforderungen direkt zu begegnen. Das neue Gesicht der Union zwingt uns, uns diesen Herausforderungen zu stellen, es bietet jedoch auch eine ganze Reihe neuer Potenziale. Mit der bisher ungekannten Ausdehnung auf der einen Seite und der Vertiefung der Integration auf der anderen, hat die Europäische Union eine neue

Dimension erreicht. Nach Jahrhunderten interner Zerrissenheit muss Europa sich jetzt auf neuen Feldern bewähren. Wir müssen das Potenzial dieser neuen Union vermessen und zur vollen Entfaltung bringen. Die neue Union kann ein Katalysator für die Lösung der zentralen, bisher ungelösten Themen Europas sein und sie kann uns die Dynamik für einen großen Sprung nach vorn geben.

Ich hoffe, wir alle realisieren drei Wochen vor den Wahlen zum Europäischen Parlament, dass Europa sich kein Scheitern leisten kann. Wir müssen jetzt in dem Bewusstsein handeln, dass Europa die Chance nicht verpassen darf, im Interesse seiner Bürger, seiner Nachbarn und der ganzen Welt stärker und sicherer zu werden. Andernfalls kommen wir mit den Reformen und Veränderungen, die Europa jetzt braucht, nicht voran.

Die Erweiterung sollte nicht nur als historischer Schritt gesehen werden, sondern auch als historische Gelegenheit, als Anreiz zur Beschleunigung der Transformation. Wir müssen die Stärke, den politischen Willen und die Kreativität des erweiterten Europa nutzen. Diese historische Gelegenheit dürfen wir nicht verstreichen lassen, weil sonst die Zeit gegen uns arbeiten wird.



Werner Weidenfeld und Wim Kok analysieren den Stand der europäischen Einigungsbemühungen



Hermann Krämer begrüßt die Forumsteilnehmer im Namen der Karlspreisstiftung

Die Stärken des Großen Europa nutzen

Diskussionspapier

zum Karlspreis-Europa-Forum in Aachen 2004
vorgelegt von der Bertelsmann Forschungsgruppe Politik,
Centrum für angewandte Politikforschung (CAP)

Europa auf Kurs bringen

Das große Europa nimmt Fahrt auf. Erstmals in der Geschichte des Kontinents ziehen nahezu alle europäischen Staaten an einem Strang, um gemeinsam in eine neue Ära aufzubrechen. Die Einigung des europäischen Kontinents nach Jahrhunderten blutiger Kriege, der menschenverachtenden Herrschaft von Ideologien und der absurden gegenseitigen Bedrohung totaler Vernichtung markiert eine historische Wegmarke. Das ehrgeizigste Friedensprojekt in der Geschichte Europas ist auf dem Weg zu seiner erfolgreichen Vollendung.

Ausgehend von einem Zusammenschluss von sechs Staaten mit begrenzten Feldern der wirtschaftlichen Zusammenarbeit hat sich die Europäische Union (EU) in den vergangenen Jahrzehnten zur prägenden politischen Entität entwickelt, unter deren Dach die Einheit des europäischen Kontinents verwirklicht wird. 15 Jahre nach dem politischen Beben in der Mitte Europas hat sich die freiwillige Bündelung von Souveränität zur Gewinnung gemeinsamer Handlungsfähigkeit als die größte Idee der Europäer seit der Aufklärung durchgesetzt.

Am 1. Mai 2004 wurde der historische Schritt der Erweiterung der EU um zehn neue Mitgliedstaaten vollzogen. Ab 2007 sollen Rumänien und Bulgarien in den Kreis der EU-Mitglieder aufgenommen werden. Weitere Staaten des westlichen Balkan werden folgen. Noch im Jahr 2004 werden die Staats- und Regierungschefs darüber entscheiden, ob und wann Beitrittsverhandlungen mit der



Sprachen über Details des Diskussionspapiers:
Werner Weidenfeld und Uwe Wagschal

Türkei, Kroatien und Mazedonien eröffnet werden – eine Union mit mindestens 30 Mitgliedstaaten wird vom Zukunftsszenario zur politischen Realität. Parallel dazu definiert die EU ein umfassendes Partnerschaftskonzept gegenüber ihren Nachbarn. Vor allem aber ist die Union im Begriff, ihre gemeinsamen Werte und Ziele auf ein verfassungsrechtliches Fundament zu stellen. Den umfassenden Ordnungsrahmen für alle Dimensionen europäischen politischen Handelns wird in Zukunft die Europäische Verfassung bilden. Die EU vollzieht einen weiteren Schritt hin zu supranationaler Staatlichkeit.

Mit diesem beachtlichen Grad von Erweiterung einerseits und Vertiefung der Integration andererseits erreicht die Europäische Union eine neue Dimension. Nach Jahrhunderten der inneren Zerrissenheit muss sich der europäische Kontinent im angehenden Jahrtausend in neuen Gefilden bewähren. Die EU bildet weltweit den größten Binnenmarkt und verfügt mit dem Euro über eine gemeinsame Weltwährung. Europa ist zu einem politischen und sicherheitspolitischen Raum zusammengewachsen. Kulturell ist es im Begriff, die Grenzen des christlichen Abendlandes zu überschreiten.

Das große Europa befindet sich in einer viel versprechenden Ausgangslage. Dieses Potenzial gilt es nun zu nutzen, um den hohen Leistungserwartungen der Bürger an das vereinte Europa gerecht zu werden. Dabei muss die EU der 25 und bald mehr Mitgliedstaaten drei zentralen Anforderungskriterien gerecht werden:

1 Effektive politische Leistungsfähigkeit: Diese setzt die Etablierung eines handlungsfähigen politischen Systems vor-

aus, getragen von effizienten Strukturen politischer Führung, mit der Fähigkeit, vorhandene Ressourcen zu mobilisieren und flexible Optionen der Weiterentwicklung zu ermöglichen.

2 Nachhaltige sozio-ökonomische Dynamik: Dazu bedarf es der Entwicklung einer herausragenden Wirtschaftskraft auf der Grundlage eines attraktiven Gesellschafts- und Wertesystems, gekennzeichnet durch ein hohes Maß an Produktivität und Innovationsfähigkeit, ein hohes Bildungsniveau, eine Führungsposition auf den globalen Handels- und Finanzmärkten sowie das Bekenntnis zu einer solidarischen und sozial ausgewogenen Gesellschaft.

3 Durchsetzungsfähige sicherheitspolitische Gestaltungskraft: Hierzu gehört die Überwindung der eigenen Verwundbarkeit nach innen und die Optimierung der zivilen und militärischen Fähigkeiten, um nach außen seine Ordnungs- und Führungsfähigkeit im regionalen Umfeld auszubauen und um weltweit an sicherheitspolitischem Profil und Einfluss zu gewinnen.



Werner Hoyer und William Drozdiak thematisieren
die transatlantischen Beziehungen

Europas politische Entscheidungsstrukturen, seine Wirtschaftskraft und sein Wertesystem sowie seine zivilen und militärischen Möglichkeiten bieten bereits eine beachtliche Handlungsbasis für die Zukunft. Die EU erwirtschaftet heute ein Bruttoinlandsprodukt vergleichbar mit den USA und ihr Anteil am Welthandel liegt über 20 Prozent. Zudem zählt die heutige EU mehr als 450 Millionen Einwohner. Nach den Beitritten von Bulgarien und Rumänien werden es über 480 Millionen Einwohner sein. Treten schließlich auch die Türkei, Kroatien und Mazedonien bei, so würden rund 550 Millionen Menschen auf dem Gebiet der EU leben. Damit wächst auch das ökonomische und weltpolitische Potenzial des großen Europa.

Doch muss das große Europa den eingeschlagenen Integrationskurs konsequent weiter steuern. Dabei ist die Vertiefung der Kooperation keinesfalls als Selbstzweck zu verstehen. In einer global zusammenwachsenden Welt bilden selbst die großen Staaten Europas für sich genommen keine relevante Größe mehr. Ob es um Demografie oder Ökonomie geht, die EU und ihre Mitgliedstaaten werden in allen einschlägigen Kategorien tendenziell an Bedeutung verlieren. Bis 2050 werden weltweit 2,6 Milliarden Menschen hinzukommen. Im selben Zeitraum wird die Bevölkerung in der EU-25 von rund 450 Millionen auf circa 430 Millionen Menschen sinken. Noch dramatischer fällt die Entwicklung der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter aus. In weniger als 50 Jahren wird sich das

Verhältnis von Erwerbsfähigen zur Bevölkerung im Rentenalter von 4:1 auf 2:1 verschlechtert haben. Das Bruttoinlandsprodukt der EU wächst im Vergleich zu den USA seit Jahren langsamer. Zudem droht Europa ökonomisch von den künftigen Wirtschaftsriesen China und Indien oder Handelsblöcken in Südostasien und Amerika eingeholt und abgehängt zu werden. An dieser Entwicklung wird auch die Erweiterung zunächst wenig ändern.

Das europäische Integrationskonzept entspringt deshalb heute noch stärker als zur Zeit der Gründerväter der Einsicht, dass Wohlfahrt und Sicherheit für die Staaten Europas nicht mehr allein, sondern nur durch eine Ergänzung nationaler Handlungsfähigkeit durch den europäischen Verbund zu erreichen sein werden. Die Europäische Union ist in dieser Hinsicht ein staatlicher Akteur im Werden – und ist zum Ziel ihrer Selbstbehauptung vor allem eines: zum Werden gezwungen. Daher gilt es, in vielen Bereichen die Schlagzahl zu erhöhen:

- Im Hinblick auf ein effizientes politisches System werden mit der Verabschiedung der Verfassung erhebliche Fortschritte einhergehen. Doch die EU ist noch kein vollendetes politisches System. Die Verfassung markiert nicht das Ende der Reformgeschichte, sondern ermöglicht eine dynamische Weiterentwicklung des Systems mit dem Ziel einer handlungsfähigen, demokratisch legitimierten und transparenten EU.

Institutionen und Verfahren sind jedoch nur so stark, wie das Fundament, in dem sie verankert sind. Ohne eine umfassende Ordnungsidee und den politischen Führungswillen der Mitgliedstaaten kann selbst ein institutionell hocheffizient angelegtes politisches System letztlich keine tragfähigen Erfolge erzielen.

- Der Druck auf Europa wächst, will es seiner wirtschaftlichen Weltmachtqualität auf den Güter-, Dienstleistungs- und Finanzmärkten auf Dauer gerecht werden. In der Erneuerung seiner wirtschaftlichen Basis,



Ferenc Glatz bemängelte, dass sich gesellschaftliche Interessenverbände noch nicht dezidiert auf europäischer Ebene organisieren und hier relevante politische und soziale Themen mit gestalten



Joachim Fritz-Vannahme wies darauf hin, dass der Blick auch darauf gerichtet werden müsse, wie europäisches Regieren wahrnehmbar gemacht werde. Neben der Berichterstattung durch die Medien hob er in diesem Zusammenhang den aus seiner Sicht oft unaufrichtigen Umgang vieler nationaler Regierungen mit Brüsseler Entscheidungen, die sie selbst mit zu verantworten haben, kritisch hervor

insbesondere mit Blick auf die Modernisierung des Wohlfahrtsstaates, ist Europa in den letzten Jahren zurückgefallen. Die Konvergenzentwicklung zwischen den Mitgliedstaaten ist mühsam und kostspielig, der Aufholprozess der neuen EU-Staaten wird lange Zeit in Anspruch nehmen. Der zunehmende Grad der Heterogenität stellt die soziale Kohäsion in der EU auf eine Bewährungsprobe. Reformen sind dringend notwendig, um die internationale Wettbewerbsfähigkeit der EU zu sichern, besonders in krisenhaften Zeiten sind diese jedoch schwer durchsetzbar.

- Der islamistische Terror auf eigenem Territorium hat den Europäern ihre Verwundbarkeit schmerzlich vor Augen geführt. Die offenen wie auch die neuen Grenzen erleichtern es der grenzüberschreitenden Kriminalität, in der EU Fuß zu fassen. Gleichzeitig bestehen in unmittelbarer Nachbarschaft einige schwelende Krisenherde. Zudem haben neue globale Bedrohungen gravierende Auswirkungen auf die Sicherheit und Stabilität der Europäer. Diesen Herausforderungen begegnet die EU noch nicht mit einer umfassenden Strategie, der ein integriertes Konzept von innerer und äußerer Sicherheit zugrunde liegt. Eine solche Strategie ist jedoch Voraussetzung für die Bündelung und Entfaltung ihrer entwicklungspolitischen sowie außen-, sicherheits- und militärpolitischen Möglichkeiten.

Die Stärken nutzen – und Schwächen überwinden

Will das große Europa den Anforderungen der Bürger gerecht werden, so muss es sein Potenzial nach innen und außen voll ausschöpfen. Der Zeitpunkt für diesen politischen Kraftaufwand ist durchaus kritisch. Denn die EU durchlebt im Prozess ihrer Erweiterung tief greifende Veränderungen. Mit der zunehmenden Zahl von Mitgliedstaaten wächst auch die Heterogenität in der Europäischen Union. Das Spektrum der Interessen, die im Prozess der Europapolitik auszugleichen sind, wird breiter, Koalitionen werden volatiler, das Prinzip der Solidarität steht zunehmend auf dem Prüfstand. Das große Europa wird durch eine Phase schmerzlicher Konflikte gehen müssen, bevor eine neue Balance der Interessenlagen und Machtpotenziale gefunden sein wird.

Mit 25 Mitgliedstaaten kommen Schwächen, die bereits die Union der 15 Mitgliedstaaten eingeschränkt haben, verstärkt zur Geltung. Darüber hinaus ist das äußere





Handlungsumfeld der EU zunehmend geprägt durch eine Verschärfung von Ungleichgewichten: Die EU wird künftig in einer Welt agieren müssen, die von erheblichen Disparitäten zwischen armen und reichen, jungen und alten, dynamischen und gesättigten, demokratischen und autoritären sowie stabilen und instabilen Gesellschaften, Staaten und Regionen gekennzeichnet ist. Diese Ungleichgewichte bergen für die Zukunft erhebliches Konfliktpotenzial. Vor diesem Hintergrund gilt es umso mehr, die Stärken des großen Europa produktiv zu nutzen und seine Schwächen zu überwinden.

ber nur 13 in den Anfangsjahren der Integration von 1957 bis 1961. Jedes Jahr kommen hunderte von Gesetzgebungsakten und Entscheidungen dazu. An der schiereren Menge europäischer Entscheidungen mangelt es also nicht. Doch sind sie oft genug das Produkt wenig nachvollziehbarer oder gar gegenläufiger Zielsetzungen und mühsamer Kompromisse. Gezielte und bessere Beschlüsse wären einem zunehmenden Aktivismus vorzuziehen. Dazu bedarf es klarer strategischer Vorgaben. Im Hinblick auf diese Führungsfähigkeit aber droht die Lücke zwischen Potenzial und politischer Infrastruktur im großen Europa weiter auseinander zu klaffen.

Der Wille zu politischer Führung ist im großen Europa unabdingbar, jedoch ein rares Gut. Historische Integrationsachsen verlieren ihre prägende Wirkung. Heute erfordern die zunehmende Interessenheterogenität und Entscheidungskomplexität ein höheres Maß an aktiver und sichtbarer politischer Steuerung. Diese wird über die traditionellen Führungsimpulse des deutsch-französischen Tandems hinausgehen müssen. Ob nun bei der Haltung zum Irak-Krieg, der engen Abstimmung der beiden Länder in den EU-Verfassungsverhandlungen oder ihrer gemeinsamen Interessendurchsetzung im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspakts – in vielen Fällen wird der enge Schulterschluss Deutschlands und Frankreichs als Ausdruck eines überlebten Hegemonialanspruchs wahrgenommen. Deshalb ist es wichtig, je nach Sachfrage andere Staaten mit einzubeziehen. Von Fall zu Fall können dies das deutsch-französische Duo, die "großen Drei", das Weimarer Dreieck,

die sechs Gründerstaaten, die Euro-Staaten oder andere Koalitionen wie etwa die Nettozahler oder die Mittelmeeranrainer sein – schließlich geht es darum, Ambitionen zu verwirklichen, die große EU im Inneren zusammenzuhalten und nach außen deren weltpolitische Abstinenz zu überwinden.

Politische Führung ist nicht gleichbedeutend mit der Etablierung eines geschlossenen Kerneuropas, in dem die mächtigsten Mitgliedstaaten die EU-Geschicke exklusiv dominieren. Die Diskussionen um Kerneuropa, Triumvirate, Direktorien und Pioniergruppen sind von semantischen Missverständnissen geprägt. Sie verstellen den nüchternen Blick auf die Notwendigkeit, die Differenzierung als strategische Chance zu verstehen, die es der EU erst ermöglicht, den Erfordernissen der Zukunft zeitnah, aktiv und effektiv zu begegnen. In den kommenden Jahren wird die Option differenzierter Integration eine herausragende Bedeutung gewinnen. Die in der europäischen Verfassung vorgesehene Optimierung des Instruments der Verstärkten Zusammenarbeit sowie die Etablierung neuer Flexibilitätsformen eröffnen bisher verschlossene Entwicklungspfade. Mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten werden sich einzelne Ländergruppen vorwärts bewegen. Ob in der Wirtschafts- und Sozialpolitik, in der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik oder der Innen- und Justizpolitik – auf all diesen Feldern wird von der Europäischen Union die Erbringung staatsähnlicher Leistungen erwartet, die 25 und mehr Mitgliedstaaten nicht alle zum gleichen Zeitpunkt und mit gleicher Intensität erbringen können.

Die Bildung mitgliedstaatlicher Koalitionen, die die Integrationsdynamik zunächst im kleineren Kreis vorantreiben, ist weder exklusiv noch eine Bedrohung der Gemeinschaftsmethode, sondern eine Quelle für die Verbesserung der Problemlösungsfähigkeit der EU. Nicht ein starrer und geschlossener Kern, sondern mehrere sachbezogene und für andere Mitgliedstaaten offen ausgelegte Gruppen könnten das Bild der erweiterten Union prägen. Diese werden als offene Gravitationsräume den weiteren Integrationsweg

ebnen sowie Dynamik und Innovation als Ergebnis politischer Führung ermöglichen. Wird Differenzierung in dieser Form gedacht, bleibt Europa auch mit mehr als 25 Mitgliedstaaten regierbar. Das Ziel einer politischen Union wird nicht aus den Augen verloren, sondern auf dem Weg der differenzierten Integration angesteuert.

Ebenso wichtig wie Führung auf mitgliedstaatlicher Ebene ist die Führungsfähigkeit der europäischen Institutionen. Sichtbarkeit, Kohärenz und Effizienz europäischer Politik können nur durch eine stärkere Personalisierung und eine klare Aufgabenzuweisung – und dazu gehört auch eine angemessene Ausstattung mit Kompetenzen – sichergestellt werden. Dies gilt im Hinblick auf die europäischen Institutionen vor allem für die Europäische Kommission. Eine starke Kommission ist langfristig nur denkbar durch die Stärkung der Rolle des Kommissionspräsidenten. Um diesen stärker demokratisch zu legitimieren und seine Rolle im Institutionengefüge aufzuwerten, gleichzeitig aber seine Unabhängigkeit gegenüber den Mitgliedstaaten zu gewährleisten, sollte der Kommissionspräsident vom Europäischen Parlament gewählt und daraufhin vom Europäischen Rat bestätigt werden. Das Vorschlagsrecht der Staats- und Regierungschefs bei der Auswahl des Kommissionspräsidenten sollte gestrichen werden. Es sollte dem politischen Geschick des Kommissionspräsidenten überlassen bleiben, ein Kollegium zu bilden, das einer ausgewogenen geographischen Aufteilung sowie der politischen Zusammen-



Karl Kaiser rief in Erinnerung, dass Europa vor allem in der Bekämpfung des internationalen Terrorismus gemeinsam mit den USA eine neue Rolle spielen müsse



Paul Taylor und Elizabeth Pond im Gespräch



Werner Hoyer befürwortete einen Volksentscheid über den europäischen Verfassungsvertrag in Deutschland

Leoluca Orlando, Marija Pejcinovic Buric und Jost Pfeiffer verfolgen die Debatte



setzung im Europäischen Parlament und im Europäischen Rat Rechnung trägt.

Durch diesen Schritt würden nicht nur die Legitimität und Machtbasis der Kommission und ihres Präsidenten gestärkt werden, sondern auch die Europawahlen als Wahlakt für die Unionsbürger erheblich an Bedeutung gewinnen. Denn mit einer Wahlfunktion des Europäischen Parlaments wäre auch die Nominierung der Kandidaten für das Amt des Kommissionspräsidenten durch die europäischen Parteienbündnisse verbunden, die zu einer Personalisierung und Dramatisierung des Wahlkampfes führen würde. Eine solche Politisierung des Europawahlkampfes würde das Interesse der Bürger für die Europapolitik stärken und der Kommunikation zwischen Europäischem Parlament und europäischer Öffentlichkeit neue Perspektiven eröffnen.

Im Hinblick auf eine stärkere Personalisierung etabliert die Verfassung neben dem Präsidenten der Europäischen Kommission zwei weitere zentrale Ämter

im Institutionengefüge der EU: den gewählten Präsidenten des Europäischen Rates sowie den europäischen Außenminister. Beide Ämter werden die Kontinuität, Sichtbarkeit und Kohärenz europäischer Politik nach innen und außen verbessern. Dieses Potenzial sollte jedoch durch eine klare Zuweisung und Abgrenzung der Kompetenzen zwischen dem Kommissionspräsidenten, dem Präsidenten des Europäischen Rates und dem europäischen Außenminister entfaltet werden. Denn der Außenminister hat bisher eine Zwitterrolle in Kommission und Rat, die er potenziell auch zu Lasten der Kommission auslegen kann. Zudem kann auch der künftige Präsident des Europäischen Rates "auf seiner Ebene" unbeschadet der Zuständigkeiten des EU-Außenministers die Außenvertretung der Union wahrnehmen. Hier muss eine wirksame Arbeitsteilung gefunden werden. Entscheidend für Europas außenpolitische Rolle sind jedoch nicht die zu vergebenden Posten, entscheidend ist die Bündelung des politischen Willens.

Neben Führbarkeit und Sichtbarkeit stellt die Entscheidungsfähigkeit die zweite Schicksalsfrage des großen Europa dar. Entscheidungen werden in der erweiterten EU noch schwieriger zu treffen sein als bisher. Dies betrifft vor allem die Abstimmungen in den Ministerräten. Die Verfassung hält hier erhebliche Fortschritte bereit, da sie die Zahl der Bereiche, in denen das Einstimmigkeitsgebot gilt, nochmals verringert, durch die Einführung des Abstimmungsverfahrens der doppelten Mehrheit die Bildung von Gestaltungsmehrheiten erleichtert sowie Blockademöglichkeiten

reduziert. In der Regierungskonferenz kommt es jetzt darauf an, das Prinzip der doppelten Mehrheit in seiner Klarheit und Effizienz zu verteidigen.

Ein gewisser Verhandlungsspielraum besteht bei der notwendigen Anzahl der Staaten und vertretenen Bürger. Sieht der Konventsentwurf hier eine Mehrheit der Mitgliedstaaten und mindestens 60 Prozent der Bevölkerung vor, so würde auch eine Einigung auf Schwellen von jeweils 55 Prozent noch eine deutliche Verbesserung gegenüber der geltenden Nizza-Formel darstellen. Aber jedes weitere Prozent Abstrich am Konventsentwurf bedeutet einen schmerzlichen Verlust an Handlungsfähigkeit. Doch auch wenn am Ende das Prinzip der doppelten Mehrheit eingeführt werden sollte, bleibt in der Verfassung ein Defizit bestehen: die Beibehaltung der Einstimmigkeit in zentralen Politikfeldern wie der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und in bestimmten Bereichen der Handels-, Steuer- sowie der Innen- und Justizpolitik. Langfristig wird die EU nicht umhin kommen, sich auch in Bereichen ureigenster staatlicher Souveränität vom Prinzip der Einstimmigkeit zu verabschieden.

Das Große Europa als innovative Lerngemeinschaft: den Lissabon-Prozess weiterführen

Seit Beginn der 1990er Jahre hat der Prozess ökonomischer Globalisierung ständig an Fahrt gewonnen. Die EU-Bürger sind von dieser Entwicklung besonders betroffen. Immerhin finden sich unter den 20 am stärksten globalisierten Ländern der Welt zwölf Mitgliedsstaaten des großen Europa. Vor diesem Hintergrund stellen sich für die Europäer die Fragen nach der Zukunft von Arbeitsplätzen, dem Erhalt sozialer Standards, der Konkurrenzfähigkeit im internationalen Standortwettbewerb oder auch dem Geschehen auf den Finanzmärkten in einem völlig neuen Kontext. Selbst dort, wo die EU nicht unmittelbar als Gesetzgeber tätig wird, schlagen die Folgewirkungen des gemeinsamen Marktes und des Nebeneinanders von Staats- und EU-Bürgerschaft voll durch. So lassen sich etwa die deutschen Debatten um die "Agenda 2010" sowie um das Zuwanderungsgesetz nicht verstehen, wenn sie nicht im Zusammenhang gesehen



Erwin Conradi stellte in Frage, ob es sinnvoll sei, über die anstehenden Erweiterungsschritte hinaus noch weitere Ausdehnungen der Union zu planen



Martijn van der Mandele forderte eine neue unternehmerische und risikofreudige Wirtschaftskultur in Europa

Gianni Bonvicini unterstrich, dass ein effektives und transparentes System von Entscheidungsprozeduren Bedingung für Demokratie ist



Austausch am Rande der Tagung:
Roger de Weck und Hermann Krämer

werden mit den Handlungszwängen, die sich aus dem Wegfall der Binnengrenzen und dem verschärften Standortwettbewerb ergeben.

Europa hat sich vor diesem Hintergrund mit dem Lissabon-Prozess das Ziel auf die Fahnen geschrieben, bis 2010 die dynamischste und wettbewerbsfähigste wissensbasierte Ökonomie der Welt zu werden und zugleich seine sozialen Sicherungssysteme zu modernisieren. Doch die weiterhin hohe Arbeitslosigkeit, alternde Gesellschaften und die Krise der wohlfahrtsstaatlichen Systeme trüben die ökonomische Leistungsbilanz der EU. Die Reformvorhaben scheinen derzeit in vielen Mitgliedstaaten ins Leere zu laufen. Gleichzeitig steht Europa vor dem Hintergrund wirtschaftlicher Probleme als Solidargemeinschaft auf dem Prüfstand. Die Erweiterung mag dabei die wirtschaftlichen Spannungen verstärken, deren Ursachen liegen jedoch woanders.

Angesichts der teilweise schleppenden gesamtwirtschaftlichen Entwicklung muss das große Europa den in

Lissabon beschrittenen Weg weitergehen. Zur Erreichung der Lissabonner Zielvorgaben müssen einerseits nicht zwingend neue Rechtsnormen erlassen werden, andererseits werden nicht alle neuen und alten Mitgliedstaaten diesen Zielen mit derselben Intensität folgen wollen und können. Die offene Methode der Koordinierung hat hier bereits neue Perspektiven eröffnet. Denn im Rahmen dieser Methode werden gerade nicht im Detail festgelegte Rechtsakte verabschiedet, sondern die Mitgliedstaaten definieren gemeinsame Politikziele, die in nationaler Verantwortung umgesetzt werden. Auf der Basis des Vergleichs erfolgreicher Lösungsansätze, der gemeinsamen Vereinbarung von Zielvorgaben und deren Überprüfung entsteht eine wirtschafts- und sozialpolitische Lerngemeinschaft, die eine Konvergenz der nationalen Systeme fördert, ohne sie einem europäischen Diktat zu unterwerfen.

Die offene Koordinierung ist ein Erfolg versprechendes Instrument, mit dem die Mitgliedstaaten die aus der Globalisierung resultierenden erheblichen Anpassungsleistungen auf souveränitätsverträgliche Weise erbringen können. Um allerdings zu verhindern, dass die offene Koordinierung sich zu einer intransparenten und letztlich demokratisch wenig abgesicherten europäischen Ersatzgesetzgebung entwickelt, sollten die Zuständigkeiten der europäischen Institutionen klar benannt, die unterschiedlichen Verfahren offener Koordinierung systematisch evaluiert sowie die Einbeziehung der nationalen Parlamente und des Europäischen Parlaments sichergestellt werden. Prinzipiell ist die offene Koordinierung auch als eine Form der Verstärkten Zusam-

menarbeit zu denken, an der nicht zwingend alle Mitgliedstaaten teilnehmen müssen.

Eine Optimierung der Methode der offenen Koordinierung allein wird jedoch nicht ausreichen, um dem Lissabon-Prozess neue Dynamik zu verleihen. Im direkten Vergleich zu den Vereinigten Staaten wird erkennbar, dass Europa bis 2010 kaum der dynamischste und wettbewerbsfähigste Wirtschaftsraum sein wird. Dennoch sollte die EU an dieser grundsätzlichen Zielvorgabe festhalten. Die vereinbarten sektoralen Einzelziele sowie die zeitlichen Vorgaben, die seit Lissabon vereinbart wurden, sollten jedoch im Zuge der für 2005 geplanten Halbzeitbewertung der Lissabon-Agenda überprüft und neu definiert werden. Dabei sollten Widersprüche in den Zielvorgaben eliminiert, realistischere Fristen gesetzt und klare strategische Prioritäten festgelegt werden, die den Interessen der alten, aber auch der neuen Mitgliedstaaten gerecht werden. Um die Glaubwürdigkeit des Lissabon-Projekts nicht zu untergraben, sollten die Ziele und Prioritäten zwar ambitioniert definiert werden, ohne dabei jedoch Erwartungen bei den Bürgern zu wecken, denen Europa am Ende nicht gerecht werden kann.

Nach Jahrzehnten der Ausrichtung auf das Ziel der Marktintegration gewinnt dabei vor allem die soziale Dimension des europäischen Einigungsprozesses zunehmend an Bedeutung. Angesichts sehr unterschiedlicher wohlfahrtsstaatlicher Modelle und Traditionen innerhalb der großen EU geht es nicht um die Weiterentwicklung des derzeitigen

sozialpolitischen Rechtsbestands hin zu einer einheitlichen europäischen Sozialpolitik, sondern um die Bestimmung der Eckpfeiler eines europäischen Sozial- und Gesellschaftsmodells und den Einsatz innovativer Methoden der mitgliedstaatlichen Zusammenarbeit. In Analogie zur vertraglichen Querschnittsklausel für die Umweltpolitik könnte die Berücksichtigung von Fragen des sozialen Schutzes und der Beschäftigungspolitik bei der Umsetzung von Unionspolitiken generell vorgeschrieben werden. Gemeinsam mit dem Verfassungsziel eines ausgewogenen Wachstums und den Verpflichtungen auf Preisstabilität und ausgeglichene Haushalte im Rahmen von Währungsunion und Stabilitätspakt würde damit als europäisches Zielkoordinatensystem für die Wirtschafts- und Sozialpolitik ein zeitgemäßes und Akzeptanz sicherndes sozio-ökonomisches Viereck vorgegeben.

Der demografische Wandel und der damit einhergehende Rückgang des Anteils der Erwerbstätigen werden schon bald negativ auf den europäischen



Leopold Bill von Bredow



Georg Helg



Wim Kok – hier im Gespräch mit Klaus Gretschmann – warnte davor, über die kommenden Erweiterungen hinaus Versprechungen auf baldige Beitritte zu machen

Arbeitsmärkten durchschlagen. Ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum kann nur noch durch erhebliche Produktivitätszuwächse und verstärkte Zuwanderung sichergestellt werden. Mit Blick auf die europäische Einwanderungspolitik wird es daher nötig sein, den Schwerpunkt von der Zuwanderungskontrolle auf ein bedarfsgerechtes Zuwanderungsmanagement zu verschieben. Dabei geht es nicht um die zentrale Festlegung von Quoten. Die Mitgliedstaaten könnten weiterhin die aus ihrer Sicht nötigen Quoten und Qualifikationen für Einwanderer festlegen. Es gilt jedoch, eine zielgerichtete Strategie des "Brain Gain" für Europa und seine Arbeitsmärkte zu verwirklichen.

Das Große Europa nach innen und außen sicherer machen

Das Sicherheitsempfinden der EU-Bürger ist empfindlich gestört. Die Zahl der Krisen und Kriege hat gerade im Umfeld Europas seit dem Ende des Ost-West-



Paul Taylor kennzeichnete das Aufkommen von unterschiedlichen Formen der differenzierten Integration als unausweichlich

Konflikts eher zugenommen. Europa wird als Frieden erhaltender und schaffender Akteur zunehmend gefordert. Truppen der EU-Mitgliedstaaten sind weltweit im Einsatz. Die Bedrohung durch den internationalen Terrorismus hat mit den Anschlägen von Madrid auch innerhalb Europas immer schärfere Konturen angenommen. Europäische Gesellschaften werden sowohl zum Ziel als auch zum Ausgangspunkt terroristischer Aktivitäten. Die EU-Mitgliedstaaten müssen den Kampf gegen den Terrorismus nach innen und außen aufnehmen, gleichzeitig jedoch auch das erforderliche Maß an Offenheit für das Funktionieren einer modernen Industriegesellschaft erhalten.

Die Entscheidung der Staats- und Regierungschefs, als Reaktion auf die Anschläge von Madrid einen EU-Sonderkoordinator zur Terrorbekämpfung einzusetzen, ist ein sinnvoller Ansatz zur Verbesserung der Zusammenarbeit und des Informationsaustauschs. Mit dem neuen Amt wird jedoch zugleich eine Duplizierung von Strukturen auf europäischer Ebene geschaffen. Spiegelbildlich zur Europäischen Kommission, deren Ressort Justiz und Inneres in den letzten Jahren erheblich an Bedeutung gewonnen hat, wird ein Amt im Rat geschaffen, dessen Aufgaben sowohl inhaltlich als auch personell von der Kommission hätte wahrgenommen werden können. In Krisenzeiten neigen Staaten und Organisationen dazu, ein nach außen sichtbares Zeichen ihrer Handlungsfähigkeit zu setzen. Doch oft genug sind die notwendigen Strukturen und Handlungsermächtigungen bereits angelegt – es fehlt eher am politischen Willen und an der strategischen Planung, diese auch präventiv zu nutzen. In dieser Hinsicht

Wolle Europa nur eine zollfreie Zone sein, könne es sich weiter entwickeln wie bisher, so Walther Stütze. Wolle es aber ein wirksamer Faktor in der internationalen Friedenspolitik werden, werde eine Zoll- und Freihandelszone nicht genügen

wäre es effizienter, auf Bestehendem aufzubauen, anstatt neue Doppelstrukturen zu errichten, die im Ergebnis zu Ungunsten der Gemeinschaftsmethode ausfallen. Ebenso wie der innere wächst auch der äußere Handlungsdruck auf die EU. Die Krisenanfälligkeit und die kritische sozioökonomische Stellung der Regionen in direkter Nachbarschaft der EU erfordern strategische Antworten. Die EU muss ihren neuen Nachbarn attraktive Angebote funktionaler Kooperation machen, damit es nicht langfristig zu neuen Spaltungen kommt. Dafür eignen sich insbesondere grenzübergreifende Aspekte aus den Bereichen Wirtschaft, Energie, Transport, Infrastruktur-entwicklung, Telekommunikation und Bildung. Auch ohne die Aussicht auf eine unmittelbare EU-Mitgliedschaft kann ein dichtes Kooperationsnetz geknüpft werden, das bis zu einer gesamteuropäischen Freihandelszone reicht. Auf der Grundlage funktionaler Zusammenarbeit lässt sich auch die institutionelle Kooperation bis hin zu Optionen einer Teilmitgliedschaft in Einzelbereichen der europäischen Integration vertiefen. Auf diesem Weg der Differenzierung nach außen kann sich die Europäische Union zu einem Akteur mit gesamteuropäischer Dimension entwickeln, ohne nach innen ihre Leistungsfähigkeit einzubüßen.

In globaler Hinsicht ist die EU angesichts des erheblichen Problemdrucks stärker als bisher gefordert, sich als weltpolitischer Akteur zu begreifen. Um die Synergieeffekte gemeinsamen Handelns auf der EU-Ebene ausschöpfen zu können, muss sich das große Europa als Strategiegemeinschaft weiterentwickeln, seine operativen militärischen Fähigkeiten



ausbauen sowie seine Beziehungen zu den zentralen Akteuren der Weltpolitik neu bestimmen. Erst wenn es gelingt, eine eigene Kultur des weltpolitischen Denkens zu verinnerlichen, wird Europa sich zu einer markanten sicherheitspolitischen Größe entwickeln.

Die im Dezember 2003 verabschiedete Europäische Sicherheitsstrategie spiegelt bereits den Willen der Europäer wider, sich als internationale Ordnungsmacht zu etablieren. Sie bietet jedoch keine ausreichende Antwort, wie und vor allem mit welchen Mitteln Europa den kommenden Herausforderungen in letzter Konsequenz begegnen will. Die erweiterte EU wird erst dann ihr außen- und sicherheitspolitisches Potenzial ausschöpfen können, wenn sie ihre zivilen und militärischen Fähigkeiten konsequent weiter ausbaut und bereit ist, über die Form und den Zeitpunkt ihres Einsatzes autonom zu entscheiden.

Darüber hinaus muss es den handlungsbereiten Mitgliedstaaten möglich sein, gegebenenfalls auch im klei-



Jan Kleinewefers sah noch keine wirkliche Bereitschaft der Europäer, ihre Außenpolitik im gemeinsamen Interesse zu koordinieren



Klaus Gretschnmann und Werner Hoyer
am Rande des Forums

Wirtschaftliche Dynamik in Europa könne
neu entfacht werden, wenn man sich wie-
der auf Tugenden wie Qualitätsbewusst-
sein und Zuverlässigkeit besinne und risi-
kofreudiger als heute agiere, betonte Gerd
Schulte-Hillen



Beim Ausbau der Legislativfunktion des Europäischen Parlaments bringt der Konventsentwurf dagegen einen deutlichen qualitativen Sprung. Zum ersten Mal wird das Europäische Parlament in gleichberechtigter Weise als Gesetzgeber neben dem Ministerrat benannt. Vor allem aber wird im Verfassungsentwurf ein Regelverfahren für die europäische Gesetzgebung definiert, nach dem das Europäische Parlament in den Fällen, in denen der Rat mit qualifizierter Mehrheit entscheidet, über das Mitentscheidungsverfahren beteiligt wird. Eine der bedenklichsten Legitimationslücken im europäischen Gesetzgebungsprozess könnte so in Zukunft geschlossen werden. Darüber hinaus weitet der Konventsentwurf die Anwendungsbereiche der qualifizierten Mehrheit – und verbunden damit künftig auch die Mitentscheidung – aus. Der Verfassungsentwurf bringt die EU einem Zwei-Kammer-System in der Gesetzgebung als Ausdruck ihres Doppelcharakters einer Union der Staaten und Bürger ein weiteres Stück näher.

Das Europäische Parlament und damit die Unionsbürger zählen also zu den großen Gewinnern der Verfassung – falls sie von und in den Mitgliedstaaten angenommen wird. Dem Bürger bleibt dies jedoch verborgen. Zu lange haben die Zankäpfel der Regierungskonferenz – die Größe und Zusammensetzung der Kommission und vor allem die umkämpfte "doppelte Mehrheit" der Staaten und Bürger bei Abstimmungen im Ministerrat – die Medienberichterstattung dominiert. Die Errungenschaften des Konvents – vor allem die Stärkung der Rechte des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente, die Zusammenführung der Verträge in ein Gesamtdokument, die Verleihung einer einheitlichen Rechtspersönlichkeit, die verbindliche Inkorporierung der Grundrechtscharta oder die Etablierung eines Kompetenzkatalogs – erfahren kaum eine Würdigung. Dabei bringen sie dem Bürger in der Summe ein demokratischeres, effizienteres und transparenteres Europa. Wenn es gelingt, diese Fortschritte in die Öffentlichkeit zu tragen, wird die Verfassung auch die anberaumten Referenda erfolgreich meistern können. Ein erster

Lackmustest werden dabei die Europawahlen sein. Denn letztlich kann das Europäische Parlament nur dann die demokratische Legitimation europäischer Entscheidungen sichern, wenn die EU-Bürger von ihrem Wahlrecht tatsächlich Gebrauch machen. In dieser Hinsicht sind die Unionsbürger selbst das größte Potenzial, das die erweiterte EU besitzt.



Wilhelm Bürklin sah den Zeitpunkt gekommen, unter Beteiligung der Bevölkerungen in allen Mitgliedsländern eine breite Debatte über die Finalität der Europäischen Integration zu führen

neren Kreis vertieft miteinander zu kooperieren. Die Umsetzung der im Verfassungsentwurf vorgesehenen Möglichkeiten einer strukturierten militärischen Zusammenarbeit wäre ein erster Schritt in Richtung einer Europäischen Verteidigungsunion. Dabei stärkt die Idee eines differenzierten Europa im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik die internationale Handlungsfähigkeit der EU. Sie relativiert nicht die NATO als transatlantische Klammer, sondern stärkt das Bündnis der Demokratien und versetzt das große Europa in die Lage, einen wirkungsvollen Beitrag als Produzent einer neuen multinationalen Weltordnung zu leisten.

Mehr Europa erfordert mehr Demokratie

Die Vielzahl der Herausforderungen führt eines deutlich vor Augen: Die erweiterte EU wird erhebliche Reformanstrengungen erbringen müssen. Eine neue Intensität von Interessengegensätzen und Verteilungskonflikten innerhalb der Union wird diese Anstrengungen zunehmend erschweren. Die EU wird daher auch weiterhin an der Stärkung ihrer Entscheidungskapazitäten und -strukturen arbeiten müssen. Von einer primär wirtschaftlich geprägten Zusammenarbeit ausgehend hat die europäische Ebene im Laufe der Jahrzehnte Kompetenzen hinzugewonnen, zuletzt in den Bereichen der Innen- und Justizpolitik sowie in der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Dies sind Bereiche, in denen ein "Mehr" an Europa notwendig ist und Sinn macht, die jedoch die Gestalt der EU nachhaltig verändern werden.

Diese Tendenz wird sich vor allem in den Bereichen verstärken, die bisher stark zwischenstaatlich geprägt waren. Aufgrund externen Drucks ist in Zukunft mit erheblichen qualitativen Vertiefungsschritten in der Innen- und Justizpolitik sowie in der Außen-, Sicher-

heits- und Verteidigungspolitik zu rechnen. Dies sind auch die Politikfelder, in denen die Bürger am meisten von Europa erwarten. Bis zu 90 Prozent der Befragten haben in Umfragen der letzten Jahre die Bewahrung von Frieden und Sicherheit, den Kampf gegen Terrorismus und organisierte Kriminalität sowie Maßnahmen gegen Arbeitslosigkeit, Armut und soziale Ausgrenzung als vorrangige Aufgaben der EU benannt. Damit sind Kernbereiche staatlicher Souveränität angesprochen. Und je mehr Aufgaben die EU zu verantworten hat, desto höher werden die Ansprüche an die Transparenz dieser Entscheidungen. Vor allem muss die demokratische Verankerung europäischer Politik verbessert werden, wenn die Legitimation und Akzeptanz bei den Bürgern sichergestellt werden soll.

Demokratische Legitimation sollte insbesondere am Europäischen Parlament, dem einzigen direkt von den Unionsbürgern gewählten Organ, ansetzen. Neben der Wahl des Kommissionspräsidenten sollte das Europäische Parlament deshalb auch in seinen Repräsentations- und Gesetzgebungsfunktionen gestärkt werden. Mit den Bestimmungen des Vertrags von Nizza und der Verankerung des Prinzips einer "degressiv-proportionalen" Sitzverteilung sind im Verfassungsentwurf wichtige Fortschritte im Hinblick auf eine demokratische Repräsentation der Bürger erzielt worden. Gleichwohl bleibt das Grundproblem bestehen, dass durch eine lediglich annähernd proportionale Sitzverteilung ein elementarer Grundsatz moderner parlamentarischer Demokratien weiter verletzt wird. Durch die Vielzahl kleiner und kleinster Mitgliedstaaten wird sich dies nicht durch eine neue Sitzverteilung im Parlament ausgleichen lassen. Umso wichtiger ist daher die Berücksichtigung der Bevölkerungsgröße bei den Entscheidungen im Rat als zweiter Gesetzgebungskammer.

Die Stärken des Großen Europa nutzen

Tagungsbericht

zum Karlspreis-Europa-Forum 2004
im Historischen Ratssitzungssaal des Aachener Rathauses,
19. Mai 2004

|

Wer regiert Europa?

Kerne – Koalitionen – Institutionen

19. Mai 2004, 9:00 – 12:30 Uhr

Moderation: Werner Weidenfeld

Impulsreferate: Martin Schulz, Eckart Cuntz

Kommentare: Gianni Bonvicini, Fraser Cameron

Das dritte Karlspreis-Europa-Forum fand nur wenige Tage nach dem größten Erweiterungsschritt in der Geschichte der Europäischen Union statt. Auf Einladung der Bertelsmann Stiftung kamen am 18. und 19. Mai 2004 Vertreter europäischer Regierungen und Parteien sowie der europäischen Institutionen und Repräsentanten aus Wirtschaft, Medien und Wissenschaft zusammen, um angesichts der aktuellen Entwicklungen eine Bestandsaufnahme des europäischen Integrationsprozesses zu leisten und Perspektiven für das Einigungswerk zu diskutieren.

Die erste Diskussionsrunde wurde von dem Spitzenkandidaten der deutschen Sozialdemokraten für die Wahlen zum Europäischen Parlament, Martin Schulz, und dem Leiter der Europaabteilung des Auswärtigen Amtes, Eckart Cuntz, eröffnet. Beide Beiträge wurden kommentiert von Gianni Bonvicini, dem Direktor des Instituts für Internationale Beziehungen in Rom, und Fraser Cameron, dem Leiter des European Policy Centre in Brüssel. Alle Redner stimmten mit der Analyse der Bertelsmann Stiftung überein, dass die baldige Einigung auf eine Verfassung unverzichtbar für eine tragfähige Legitimation des Integrationsprozesses und die Regierungsfähigkeit des großen Europa sei.

Das Gebot der Handlungsfähigkeit wird Europa zu interner Differenzierung zwingen – Werner Weidenfeld



1

Zu einem dynamischen Verfassungsprozess

Der Spitzenkandidat der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands für die Wahlen zum Europäischen Parlament, Martin Schulz, konstatierte ein Legitimationsdefizit für das Regierungshandeln auf europäischer Ebene. In den vergangenen Jahren habe ein schleichender Prozess des Bedeutungsverlustes nationaler Handlungsmöglichkeiten stattgefunden. Damit gehe vor allem eine Entmachtung der nationalen Parlamente einher, denen, wenn auch nicht verfassungsmäßig, so doch faktisch Souveränitätsrechte entzogen wurden, ohne sie dem Europäischen Parlament zu übertragen. Die nationalen Regierungen dagegen sicherten sich mittels der Verträge weiterhin Einfluss im europäischen Institutionengefüge. Das Ausmaß des tatsächlich vorhandenen Demokratie- und Legitimationsdefizits sei den Bürgern dabei nicht in vollem Umfang bewusst, was vor allem auf eine unzureichende Wahrnehmung der europäischen Politik in den nationalen Öffentlichkeiten zurückzuführen sei. Dennoch wiege auch das nur vage Gefühl des Misstrauens der Bürger schwer auf dem Integrationsprozess.

Die gemeinsame europäische Verfassung könne als Grundlage für eine belastbare und demokratische Ordnung nur dienen, wenn sie von Beginn an als dynamischer Prozess gedacht und gelebt werde. Noch vor dem Inkrafttreten müsse man sich darauf einigen, Stärken der sich entwickelnden Verfassung auszubauen und Schwächen zu minimieren, so Schulz.

Mit der jetzt diskutierten Verfassungsvorlage sei schon ein großer Schritt nach vorne gemacht, da sie ein unverzichtbares Stück des aufklärerischen Erbes Europas, das Modell der Gewaltenteilung, auf die Union übertrage. Es gebe zwar kein europäisches Staatsvolk, aus dessen Souveränität im Rahmen der Verfassung die Institutionen legitimiert werden, sodass es schwer falle, das Gewaltenteilungsmodell direkt zu übertragen. "Aber man muss zumindest den Grundgedanken, dass die Gewalt geteilt und dadurch kontrollierbar und auch handelbar bleibt, in jedes exekutive und in jedes legislative Handeln der Europäischen Union legen", so Schulz. Ein Kommissionspräsident, der mit einer Richtlinienkompetenz ausgestattet sei, die er deshalb bekomme, weil er im Lichte der Ergebnisse der Europawahlen durch das Europäische Parlament gewählt werde, werde zum ersten Mal einen Beziehungsrahmen zwischen der höchsten Exekutiv-ebene und der Legislative herstellen. "Das halte ich bei der Frage der Regierungsfähigkeit Europas und der Legitimation des politischen Handelns in Europa für unverzichtbar und für einen großen Fortschritt", unterstrich Schulz. Das Kraftgewinnen der europäischen Institutionen gegenüber den nationalen Institutionen werde dann davon abhängen, ob die Institutionen Europas, Kommission und Parlament, in der Lage sein werden, ein Bündnis zu schließen mit denjenigen, die die Macht und die Souveränität der Mitgliedstaaten repräsentieren, dem Europäischen Rat und dem Rat der Europäischen Union.



Martin Schulz warnte vor dem schleichenden Verlust parlamentarischer Handlungsmöglichkeiten auf nationaler und europäischer Ebene



Wenn es dann gelänge, diese Neuordnung sichtbar zu machen, zum Beispiel bei einer Europawahl über einen Wettbewerb von Köpfen und Programmen um die Präsidentschaft in der Kommission der Europäischen Union, wäre ein für die Wahlbürgerinnen und Wahlbürger gewohntes Wechselspiel von Programm und Person im Wettbewerb miteinander auch auf Europa übertragen, so Schulz.

2

Geteilte Souveränität bringt mehr Souveränität

Wenn man nach der Regierung Europas frage, so müsse man sagen, dass sie schon heute zum großen Teil bei den gemeinsamen Institutionen liege. Doch böte es sich beim erreichten Integrationsstand nicht an, bereits von einer wirklichen europäischen Regierung zu sprechen? Sei die Kommission eine europäische Regierung? Sicher habe die Kommission in vielerlei Hinsicht regierungsähnliche Funktionen, so Cuntz. Diese seien jedoch vielfach geteilt, etwa mit dem Rat.

Insgesamt gebe es eine Vermengung wirklicher Gemeinschaftskompetenzen mit traditionell intergouvernementalen Mechanismen. In die falsche Richtung tendierten deshalb auch die Debatten, in denen einseitig mit dem Schlagwort Souveränitätsverzicht gearbeitet werde. Bereits in der Form des europäischen Regierens werde deutlich, dass es auf der Grundlage zwischenstaatlicher

Verträge zwar um ein Teilen von Souveränität gehe, das jedoch letztlich zu einem Zuwachs an Souveränität für die gesamte Gemeinschaft führe. So wäre es eine Illusion, wenn Mitgliedstaaten glaubten, heute im politischen, außenpolitischen, sicherheitspolitischen oder auch im wirtschaftlichen Bereich alleine bestehen zu können. "Allein die Einheit macht uns stark und befähigt uns, auch im weltweiten Wettbewerb konstruktiv mitzuwirken und hier verlässlich mit unseren Partnern zusammenzuarbeiten", so Cuntz.

Um den Integrationsprozess voranzutreiben, eröffne die Verfassung verschiedene Wege, das Mittel der differenzierten Integration auszubauen. Dies wertete Cuntz als sinnvoll, denn erfolgreiche Beispiele wie die Wirtschafts- und Währungsunion oder den so genannten Schengen-Raum gebe es nicht, hätte man in jedem Augenblick auf alle warten müssen. Das gleiche könne etwa auch für Fragen der Verteidigung gelten.

In dem Entwurf eines Verfassungsvertrages für die Europäische Union sieht Cuntz einen großen Schritt, der ein Mehr an Demokratie, Transparenz und Effizienz für das politische Handeln auf europäischer Ebene bringe.



Gianni Bonvicini warnte vor neuen Ungleichgewichten zwischen den Institutionen, so wie sie der Verfassungsentwurf vorsieht



Schwer wiege jedoch bis heute, dass Europa noch kein Gesicht und keine Stimme bekommen habe. Die Bürger wüssten nicht, wer dieses Europa sei, wer Europa regiere. Doch auch hier bringe der Verfassungsentwurf Fortschritte: Namentlich seien dies die demokratische Wahl des Kommissionspräsidenten und die Einrichtung des Amtes eines Europäischen Außenministers. Daneben müssten jedoch auch die politischen Akteure auf europäischer Ebene selbst – sei es in Kommission, Parlament oder Parteien – sich als starke Interessenwahrer der gemeinsamen europäischen Sache und nicht als Vertreter nationaler Interessen geben.

3

Das neue Kräftegewicht

Der Direktor des Instituts für Internationale Beziehungen in Rom, Gianni Bonvicini, kommentierte den aktuellen Verfassungsentwurf des Europäischen Konvents. Unzweifelhaft liege der Schwerpunkt des Verfassungsentwurfs auf dem Regierungssystem der Union. Dies sei notwendig gewesen, da zum einen die anstehende Erweiterungsrunde die Frage nach der Effizienz des Entscheidungsfindungssystems innerhalb der Union auf neue Weise stellte und zum anderen die Grundlagen geschaffen werden mussten, der Europäischen Union eine innere und äußere Form zu geben, die sie zu einem handlungsfähigen internationalen Akteur mache. Die Antworten, die der Verfassungsentwurf auf diese Herausforderungen zu geben versuche, konzentrierten sich vor allem auf die Frage der Führung. Drei Elemente hob Bonvicini hervor: die gestärkte Rolle des Kommissionspräsidenten, die Einführung eines Europäischen Außenministers und die Einführung unterschiedlicher Mechanismen differenzierter Integration. Die neuen Elemente werden nicht verhindern, dass auch in Zukunft das Regieren auf europäischer Ebene durch die Mehrdeutigkeiten des zwischen gemeinschaftlichen und intergouvernementalen Elementen gemischten Regierungssystems

geprägt sein werde. Dies müsse jedoch nicht von vornherein schlecht sein, da die Union sich auch künftig aus beiden Elementen herleiten werde. Bonvicini warnte angesichts der undeutlichen Aufgabenteilung und einer gleichzeitigen Stärkung von Kommissionspräsident und der neu gestalteten Rolle von Ratspräsident und Außenminister im Verfassungsentwurf jedoch vor einer ungleich komplexeren künftigen Machtkonstellation als der aktuellen, die im Zweifel zu Ungleichgewichten und Auseinandersetzungen zwischen den Akteuren führen könne.

Fraser Cameron, der Direktor des European Policy Centre in Brüssel, zeigte sich nachdenklich, was die verändernde Wirkung der Verfassung angeht. Viel eher als die Verfassung sei die Erweiterung eine Herausforderung an das System europäischen Regierens, das so wie in der Vergangenheit auch in der Gegenwart viel stärker auf informellem Wege von den durchsetzungsfähigen großen Mitgliedstaaten geprägt werde als durch die europäischen Institutionen, so Cameron. Bei einer nun so viel größeren Zahl von Staaten, darunter so gewichtigen wie Polen, sei es eine zentrale Aufgabe der führenden Länder, vor allem auch des deutsch-französischen Tandems, gegenüber den Partnern in der Union und gegenüber den Bürgern im Inneren deutlich zu machen, dass das europäische Anliegen tatsächlich im Interesse jedes Mitgliedstaates liege.

II

Wie weit reicht Europa?

Erweiterungsstrategien
– neue Nachbarschaften
– Selbstverständnis

19. Mai 2004, 13:30 – 15:30 Uhr

Moderation: Roger de Weck

Impulsreferate: Alexandru Fărcas, William Drozdiak

34

Während die Europäische Union den größten Erweiterungsschritt seit ihrer Entstehung vollzieht, richtet sich der Blick bereits über die neuen Grenzen der Union der 25 Mitglieder hinaus. Rumänien und Bulgarien, Kroatien und die Türkei, die Staaten des westlichen Balkan, aber auch Staaten wie die Ukraine stehen kurz vor oder bereits in Beitrittsverhandlungen mit der Union oder wollen diese bald aufnehmen. Welche Alternativen gibt es zum Vollbeitritt bzw. kann es eine differenzierte Integration nicht nur im Inneren, sondern auch mit Blick auf die die Union umgebenden Staaten geben, fragte vor diesem Tableau der Moderator des Panels, der Publizist Roger de Weck.



William Drozdiak betonte, dass alle politischen Kräfte in den USA eine Verbesserung der Beziehungen zu Europa anstreben

Kennzeichnete Europa als Kontinent der Widersprüche:
Roger de Weck



Die Diskussion um die Zukunft der Erweiterung und die Gestaltung der Nachbarschaftsbeziehungen der großen Union macht unmissverständlich deutlich, wie sehr sich die Qualität der Debatte im größer werdenden Europa bereits verändert hat: Waren es früher die Gründungsmitglieder der Europäischen Union, die weitere Reformanstrengungen von den zukünftigen Beitrittsländern forderten, so sind es heute die neuen und zukünftigen Mitglieder, die Systemreformen in der Europäischen Union anmahnen, um ihrem Wunsch Nachdruck zu verleihen, Mitglied einer starken und handlungsfähigen Gemeinschaft zu werden. Deutlich zum Ausdruck kam das neue Selbstbewusstsein in dem Beitrag des rumänischen Ministers für europäische Integration, Alexandru Fărcas. Sein Beitrag wurde um eine amerikanische Perspektive ergänzt, die William Drozdiak, der geschäftsführende Direktor des Transatlantic Center des German Marshall Fund in Brüssel, beisteuerte.

1

Die grenzüberschreitende
Zusammenarbeit stärken

Alexandru Fărcas hob hervor, dass Europa – eingebettet in die Lissabon-Strategie und durch die neuen Prinzipien seines politischen Systems nach Inkrafttreten der europäischen Verfassung – bald eine größere globale Relevanz haben werde. Die nächste Welle der Erweite-

rung bringe eine Konsolidierung der europäischen Potenziale im Hinblick auf wirtschaftliche Leistungskraft, demografische Entwicklungsfähigkeit, natürliche Ressourcen und politische Entfaltungschancen. "Braucht Europa angesichts dieses Potenzials eine Diskussion über seine endgültige geografische Begrenzung?", fragte Fărcas und plädierte gleichzeitig dafür, diese Diskussion offen zu halten. Die wichtigste Herausforderung sei eine strategische Vision, die sehr pragmatisch mit der Frage der neuen Nachbarschaften im Süden, Südosten und Osten umgehen solle.

Seit dem 1. Mai 2004 habe man "die Fahne der europäischen Einigung ganz klar gehisst". Die europäische Kommission und die Mitgliedstaaten hätten in Bezug auf Staaten wie Weißrussland, die Ukraine und Moldova sowie auf bestimmte Staaten im Mittelmeerraum bereits eine neue Nachbarschaftspolitik festgelegt. Das Instrument der "grenzüberschreitenden Kooperation" sei angemessen. Die strategische Vision eines erweiterten Europa bedeute für die nächste Dekade, praktische Wege zu entwickeln, die Länder Südosteuropas, speziell den westlichen Balkan und die Türkei näher an Europa heranzuführen. Diese Länder sollten auf ihrem Weg der Transformation ermutigt, unterstützt und begleitet werden.

2

Welche Rolle
spielt das erweiterte Europa in der Welt?

William Drozdiak, Geschäftsführender Direktor des Transatlantic Center des German Marshall Fund in Brüssel, beleuchtete das Thema aus amerikanischer Sicht. Er hob zu Beginn seiner Ausführungen hervor, dass alle politischen Kräfte in den USA eine Verbesserung der Beziehungen zu Europa anstreben.

Drozdiak stellte die Frage nach den Grenzen Europas in einen größeren Zusammenhang. In den USA wisse man sehr genau, dass ein erweitertes Europa ein globaler Akteur sei, ob es dies selbst wolle oder nicht. In den USA stelle man sich daher die Frage, was die globale Vision eines erweiterten Europa sei. Wenn Europa der größte Wirtschaftsraum weltweit sei, warum trage

es dann nicht schon jetzt entscheidend zur Lösung globaler Probleme wie Terrorismus oder Massenvernichtungswaffen bei? Was sei Europas Strategie in Bezug auf die Krise zwischen Indien und Pakistan? Welche Rolle spiele Europa hinsichtlich des israelisch-palästinensischen Konflikts? Europa habe es bisher versäumt, die Lücke zwischen eigener Größe und Erfüllung der daraus erwachsenden Verantwortung zu schließen, konstatierte Drodziak.

Als besondere Verpflichtung müsse sich Europa endlich um eine gemeinsame strategische Planung der Beziehungen zu Russland, Weißrussland und der Ukraine bemühen. Was eine mögliche Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei angehe, sei die Position der USA eindeutig: Sie befürworteten den Beitritt zur Europäischen Union, weil die Türkei als Modell für eine islamische Demokratie demokratische Bestrebungen in der gesamten islamisch geprägten Welt unterstützen könne. Europa selbst wisse spätestens seit den Anschlägen von Madrid, wie verwundbar es durch den islamistischen Terror, speziell aus Nordafrika, sei. Europa müsse sich die Frage stellen, was es tue, um die Wurzeln dieser Entwicklung zu bekämpfen. Neben dem möglichen Beitritt der Türkei halte Europa einen weiteren Schlüssel in der Hand: Es müsse seine Märkte zu den südlichen Anrainerstaaten des Mittelmeeres öffnen, um Wohlstand und Prosperität auch in dieser unmittelbaren Nachbarregion zu ermöglichen.



Der rumänische Europaminister Alexandru Fărcas hob die Notwendigkeit einer Strategie für die Heranführung der Länder des westlichen Balkan an die Europäische Union hervor



Wie kann Europa neue Wirtschaftsdynamik entfalten?

19. Mai 2004, 16:00 – 18:00 Uhr
Moderation: Ernst-Moritz Lipp
Impulsreferate: Jürgen F. Strube, Winfried Vahland, Norbert Walter

Sehr unterschiedliche Wachstumsraten prägen das weltweite Wirtschafts panorama, betonte der Moderator der Abschlussrunde des Karlspreis-Europa-Forums, der Frankfurter Wirtschaftswissenschaftler Ernst-Moritz Lipp. Östlich der Oder seien es vier bis sechs Prozent, im Mittelmeerraum mit Ausnahme Italiens drei bis vier Prozent und in Asien, den USA und Lateinamerika habe man kräftigere Wachstumstrends zu verzeichnen. Allein in Deutschland, Frankreich, Österreich und Italien – also mit Ausnahme Österreichs in den Ländern der damaligen Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft – sei kein oder ein nur sehr geringes Wachstum feststellbar; für das Jahr 2005 werde schon jetzt nahezu ein Stillstand prognostiziert. Lipp stellte die Frage, wie diese Problematik zu überwinden sei und wie Europa wieder zu neuer Wirtschaftsdynamik gelangen könne.

1

Mut zur Innovation

In seiner Impulsrede hob der BASF-Aufsichtsratsvorsitzende Jürgen F. Strube hervor, dass man sich Wettbewerbsvorteile in den Heimatmärkten erarbeiten müsse, nicht in den Exportmärkten. Für die Mehrheit der europäischen Unternehmen sei nicht mehr der jeweilige Nationalstaat der Heimatmarkt, sondern Europa. Das Gefühl der Unzufriedenheit der Europäer sei damit begründet, dass sie "long on analysis" und "short on action" seien. Neben der Kritik an der Vielzahl hemmender Regelungen nahm Strube daher die europäischen Unternehmer selbst in die Pflicht: "Wir müssen unsere Einstellung zur Innovation ändern". Das Neue stoße bei den Europäern zunächst einmal auf Skepsis. Nicht die neuen Möglichkeiten stünden hier im Vordergrund, sondern die Einstellung, von Neuem erst einmal die Finger zu lassen. Ein Beispiel sei die Gentechnologie. In den 1980er Jahren habe man aufgrund unternehmerischer und gesellschaftlicher Zögerlichkeit amerikanischen Unternehmen die Entwicklung von Humaninsulin überlassen. Heute versorge ein einziges amerikanisches Unternehmen den gesamten europäischen Markt mit diesem Stoff. Die überaus hohe Zustimmung der europäischen Konsumenten zu diesem noch vor 20 Jahren umstrittenen Stoff helfe europäischen Unternehmen heute nicht mehr. Entwicklungs- und Wachstumschancen seien auf diesem Feld verloren.

Die Politik müsse sich an Unternehmen orientieren, die routinemäßig Abweichungsanalysen zwischen Planung und Realisierung vornehmen. So seien die Vorhersagen der Europäischen Union über die Entwicklung in den Jahren 1997 bis 2004 sehr viel positiver gewesen als die tatsächliche Entwicklung. Wie groß war die Abweichung und warum? Dieses herauszufinden und entsprechend zu handeln, sei Aufgabe der Politik, so Strube abschließend.

2

Neue strategische Ausrichtung

Winfried Vahland, Stellvertretender Vorsitzender der Skoda Auto a. s., hob in seinem Impulsreferat hervor, dass die europäischen Länder klare und umsetzbare Ziele defi-

nieren müssten. Es mangle bisher am Mut, herausfordernde Ziele zu formulieren. Doch dieser Mut sei notwendig, um wirtschaftliche Gestaltungskraft und Erfolge zu entfachen. Energie könne man dabei aus der Erweiterung der Europäischen Union ziehen – die alten Mitgliedsstaaten müssten von dem gestalterischen Mut der neuen Länder lernen, denn diese erzielten zurzeit ein Wirtschaftswachstum, das zwar noch unter dem der USA, Chinas oder Indiens, mit 4,5 Prozent jedoch weit über der Wachstumsrate der alten Mitgliedstaaten liege, so Vahland.

Es genüge nicht, dabei zu sein und mitzuhalten. Europa müsse in einigen Sektoren die Führung übernehmen. Europa habe enorme Potenziale, zum Beispiel sei hier die Sprachflexibilität um vieles größer als in der gesamten Welt, auch die Arbeitsflexibilität scheine sich zu verbessern. Europa brauche eine klar definierte Strategie, die einfach, eindeutig und nachvollziehbar sein müsse.

3

Gegen den Pessimismus

Der Chefvolkswirt der Deutsche Bank Gruppe, Norbert Walter, hob hervor, dass es für Pessimismus in Europa keinen wirklichen Grund gebe, denn dafür seien die vorhandenen Potenziale viel zu gut. Wo die Probleme liegen und welche Auswege es gibt, analysierte Walter in seinem Impulsreferat. Europäer arbeiteten 1.600 Stunden pro Jahr, Amerikaner 2.000, Asiaten teilweise noch mehr. Die Er-



werbsquote in Europa liege bei 60 Prozent, in den USA bei 70 Prozent. Europa habe acht Prozent Wachstumspotenzial, wenn es jüngere Leute früher aus Schule und Universität entlasse, hochqualifizierten und -motivierten Frauen die Erwerbstätigkeit ermögliche und die Anreize, in Rente zu gehen, nennenswert senke. "Wenn wir unser Arbeitskräftepotenzial durch Umgestaltung unserer Organisationen, durch einen Mentalitätswandel und durch Anreize im Steuer- und Benefizsystem korrigieren, kann Europa allein dadurch zehn Jahre lang problemlos ohne Inflationsbeschleunigung jenseits von drei Prozent wachsen", sagte Walter. Ein problematischer Punkt sei auch das Kapital. Europa sei immer noch nicht so offen und wettbewerbsorientiert, wie es im Grunde sein könnte.

"Offenkundig brauchen wir Risikokapital, denn die Investitionen in das, was morgen gut sein wird, sind risikoreich und erfordern hohe Anteile an Eigenkapital", so Walter. Das so genannte Venture Capital sei jedoch ein Konzept, das vielen Europäern noch wesensfremd sei. Dies gelte es zu ändern.

Von Amando García Schmidt
und
Sibylle Reiter



Winfried Vahland forderte eine klare strategische Vision für den europäischen Wirtschaftsraum

Verlangte mehr unternehmerischem Geist – Norbert Walter

Europas Demokratie

Rede des irischen Europaministers, Dick Roche,
zum Abschluss des Karlspreis-Europa-Forums
und anlässlich der Verleihung des Karlspreises
an Pat Cox

38

Aachen ist eine Stadt von großer historischer Bedeutung. Die Zeit Karls des Großen ist einer der Ursprünge der Idee eines geeinten Europa. Sein Hof agierte als Zentrum einer intellektuellen Renaissance. Indem er eine internationale Gruppe von Gelehrten und Beratern um sich versammelte, lieferte er eine bemerkenswerte Vision von dem, was Europa zwölf Jahrhunderte später sein sollte. Daher befinden wir uns an einem angemessenen Ort, um über die Demokratie auf unserem Kontinent zu diskutieren.

Auch könnte es keinen besseren Zeitpunkt für eine solche Diskussion geben: Vor gerade 18 Tagen wurde Europa Zeuge des Endes einer grausamen und künstlichen Trennung. Zehn neue Mitglieder traten der EU bei, indem sie den Prinzipien von Demokratie und gegenseitiger Kooperation ihr Vertrauen gaben. Irland hatte die Ehre, in Dublin Gastgeber für die Staats- und Regierungschefs der 25 Mitgliedstaaten zu sein, die zu einer einfachen, aber symbolträchtigen Zeremonie zusammentrafen. Daneben zeigten vor allem die gemeinsamen Feiern an Grenzen, die noch vor kurzem Trennungslinien und Zonen der Feindseligkeit waren, welchen Fortschritt wir gemacht haben. Niemals zuvor in unserer Geschichte konnten wir stolz sein auf ein so friedvolles und stabiles politisches System.

Auf den Monat genau vor 54 Jahren wurde der Schuman-Plan öffentlich. Er fußte auf der Erkenntnis, dass Frieden solange unmöglich ist, wie die Staatslenker den Teufelskreis von Hass und Rache nicht durchbrechen. Vor allem aber ging Schuman von der Einsicht aus, dass Europa nicht auf einmal oder auf der Grundlage eines einzelnen Plans realisiert werden konnte. Europa, so Schumans Worte, "wird errichtet werden durch konkrete Errungenschaften, die eine De-facto-Solidarität schaffen." Wie würden die Gründerväter dieses neuen Europa die heutige Lage einschätzen? Sie wären erstaunt, dass das von ihnen geborene Kind zu einem robusten und kultivierten Erwachsenen herangewachsen ist. Ich denke, sie hätten guten Grund zur Zufriedenheit.



Der irische Europaminister Dick Roche unterstrich die Rolle der Europäischen Integration für die Konsolidierung der Demokratie in Europa

diesen teuren Lektionen zu lernen. Die Errichtung des Internationalen Kriegsverbrechertribunals für Jugoslawien war eine machtvolle Demonstration der Tatsache, dass sich niemand über das Gesetz stellen kann.

Es waren in erster Linie europäische Länder, die den Impuls zur Errichtung des Internationalen Kriegsverbrechertribunals gegeben haben. Damit haben wir zum Ausdruck gebracht, dass das 20. Jahrhundert – ein Zeitalter der Tyrannen – nicht wiederholt werden wird. Wir sind der Auffassung, dass Gesellschaften ohne die glaubwürdige Aussicht auf Gerechtigkeit nicht die Stärke und den Mut haben können, die Wahrheit zu artikulieren. Es ist diese Wahrheit, die eine entscheidende Vorbedingung für unverfälschte Reue, Vergebung und Aussöhnung ist.

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts ist Europa ein Raum demokratischer Institutionen, ein Raum, der sich Recht, Gesetz, Menschenrechten und freier Meinungsäußerung verpflichtet fühlt. Es ist ein Raum mit breiter Unterstützung für die Grundsätze, auf denen die Europäische Union, der Europarat, die OSZE und die Vereinten Nationen stehen. Es ist ein Raum, der eine vergiftete Atmosphäre wie in der ersten Hälfte des letzten Jahrhunderts nie mehr zulassen würde.

In weniger als 60 Jahren hat Europa einen ganzen Katalog demokratischer Erfolge errungen: Zunächst die Wiederherstellung der Demokratie in Frankreich und Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg. In der Folge schlossen sich auch Griechenland, Portugal und Spanien der Familie demokratischer Nationen wieder an. Und als der Eiserne Vorhang vor 15 Jahren fiel, zeigten die Völker Zentral- und Osteuropas den starken Wunsch, ihr Schicksal in die eigene Hand zu nehmen. Niemals hat es so viele Demokratien gegeben wie heute. Wir haben die Institutionen errichtet und – was noch wichtiger ist – auch gegenseitiges Vertrauen aufgebaut, das uns erlaubt, unsere Interessen in einem konstruktiven und konfliktfreien Umfeld zu verfolgen.

Ich würde nicht behaupten, dass wir das Stadium der Perfektion erreicht hätten, das wird vielleicht niemals der Fall sein. Trotz der großen Fortschritte mussten wir jedoch auch schmerzliche Rückschläge erleben. Der Balkankonflikt in den 1990er Jahren ist das traurigste Beispiel dafür. Letztlich haben wir jedoch versucht, von

Die EU spielte eine zentrale Rolle bei der Durchsetzung dieser Wahrheit. Sie ist keine perfekte Einheit, ihre Ziele sind jedoch groß. Einige Kritik resultiert aus einem Gefühl der Frustration gegenüber der Bürokratie und den Abläufen, nicht jedoch aus Gegnerschaft zu den europäischen Prinzipien und Absichten. Wir alle realisieren eine deutliche Kluft zwischen der Union und ihren Bürgern, die dringend überwunden werden muss.

Ich möchte nicht behaupten, die EU sei ohne Makel – sie ist es sicher nicht, nur wenige von Menschen geschaffene Institutionen sind es. Ich bin jedoch überzeugt, dass die Union nicht der Beschreibung ihrer lautesten Kritiker entspricht. Der Ministerrat besteht aus Politikern, die Mitglied im Kabinett eines jeden Mitgliedslandes sind.



Wolfgang Proissl



„Der wichtigste Akt in der Geschichte uneingeschränkter irischer Selbstbestimmung war der Beitritt zur Europäischen Union“ - Dick Roche

dass der wichtigste Akt in der Geschichte uneingeschränkter irischer Selbstbestimmung der Beitritt zur Europäischen Union im Jahr 1973 war. Dadurch bündelten wir unsere Souveränität und fügten dem geringen Einfluss unseres Landes wirklichen Wert hinzu. Irland wurde erwachsen, als es der EU beitrug. Wir haben unser Zuhause in Europa gefunden. In keiner Weise sind wir irgendwie beeinträchtigt – unsere Kultur und unsere Traditionen haben in den letzten 30 Jahren einen neuen und positiveren Ausdruck gefunden als in den vorhergehenden Jahrhunderten.

Demokratie ist das Ergebnis großer Anstrengungen. Es ist schwierig, eine Demokratie zu finden, deren Entstehung nicht kompliziert war. Nichtsdestotrotz haben demokratische Wurzeln quer durch Europa Fuß gefasst. Viele Europäer haben keine Erinnerung mehr daran, welche Konflikte ihren Kontinent verwüstet haben. Die Zeit und die Umstände – insbesondere die wirtschaftliche Entwicklung – entfernen uns von dem Gefühl der Hoffnung und Erwartung, das wir beim Entstehen der Demokratie hatten. Die Beteiligung an Wahlen und Referenden geht in ganz Europa zurück, manchenorts sogar mit alarmierenden Raten. Unsere demokratischen Systeme werden ausgehöhlt, wenn sich die Bürgerschaft von ihnen distanziert und was noch wichtiger ist: Unser Eintreten für die Demokratie außerhalb der EU kann geschwächt werden, wenn unsere eigenen Strukturen und Institutionen ihre Legitimität aus einer zu geringen Beteiligung ableiten.

Die Kluft zwischen der Europäischen Union und ihren Bürgern – manifestiert in den soeben erwähnten geringen Wahlbeteiligungen – resultiert möglicherweise auch aus enttäuschten Erwartungen. Das Erreichen von Gleichberechtigung und repräsentativen Regierungen verleitet zu weitergehenden Forderungen, die nicht alle erfüllt werden können. Daher haben Europas führende Politiker eine besondere Verantwortung, die Vorzüge von Demokratie und Pluralismus jedem Mitglied der Gesellschaft nahe zu bringen. Wir müssen auf alle Stimmen und alle Standpunkte hören. Wenn wir das tun, werden wir den Menschen mehr Vertrauen in das Unternehmen Europa geben und überzeugte Verfechter dieser Idee rekrutieren können.

Der feierliche Rahmen des Abendessens am 19. Mai wurde von Stipendiaten der Deutschen Stiftung Musikleben gestaltet.

Im Bild: Johanna Feodora Gabler, Harfe, und Jessica Grzanna, Gesang, trugen neben Klassischem auch irische Volkslieder vor

Demokratie fordert sowohl die Bürger als auch den Staat und bedeutet mehr als nur das Wahlrecht. Die Bürger müssen spüren, dass sie ein wirklicher Teil des Ganzen sind, für das sie ihre Repräsentanten wählen. Engagierte Bürger – das Lebenselixier einer starken Demokratie – möchten eine Rolle spielen. Nicht nur, indem sie den Inhalt der Politik einrahmen – sie möchten auch die Qualität des eigentlichen demokratischen Prozesses selbst mitbestimmen. Mit anderen Worten: Der Bürger möchte mitbestimmen, wenn es um die Definition der Beziehung zwischen den Führern und den Geführten geht. Viele Bürger der EU – sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene – scheinen das Gefühl zu haben, dass sie in dieser Hinsicht an Einfluss verlieren.

Diese Herausforderungen sind ernster Natur und wir müssen ihnen begegnen. Trotzdem sollten wir uns immer daran erinnern, dass das heutige Europa – so unvollkommen es auch ist – ein unvergleichlich besserer Lebensraum ist als derjenige unserer Vorfahren. Das heutige Europa ist begründet auf Gleichheit und Würde eines jeden Menschen in unserer Gemeinschaft. Das heutige Europa führt uns täglich die Vorzüge einer Gesellschaft vor Augen, die auf Gewaltenteilung, Souveränität und Rechtsstaatlichkeit beruht.

Eine Hauptaufgabe bei der Sicherung der Bedeutung der erweiterten Union für ihre Bürger ist es, dass sich die neuen Erfordernisse und Gegebenheiten in der Verfassung widerspiegeln. Der in der Regierungskonferenz diskutierte Verfassungsentwurf zielt genau darauf ab. Ich glaube, dass sowohl die Entstehungsgeschichte dieses Entwurfs als auch die aktuelle Diskussion über die Details den größeren Grad an Offenheit und Transparenz reflektieren, der das Kennzeichen der Union sein sollte.

Aber schöne Worte sind nur eine Seite der Medaille. Wir müssen unsere Worte mit Taten untermauern. Eine bessere Partnerschaft zwischen den Mitgliedstaaten und den Institutionen ist notwendig, wenn wir die Kluft zwischen der EU und ihren Bürgern reduzieren wollen. Jedes Verfahren in der EU muss legitimiert sein, und je größer die Rolle ist, die die Beschlüsse dieser Institutionen für die Bürger spielen, desto größer ist die Notwendigkeit an Legitimation.



Den Europäern zu kommunizieren, was genau Europa für sie bedeuten kann, wird in den kommenden Jahren immer wichtiger werden. Dieses Thema ist auch von großem persönlichen Interesse für mich selbst. Dabei sind die grundlegenden Nachrichten, die wir überbringen können, machtvoll und positiv. Die Geschichte hat uns einen Fehdehandschuh zugeworfen – am Ende haben wir einen Kontinent geschaffen, der frei und friedvoll zusammenarbeitet. Bislang hat die EU bewiesen, dass sie dieser Aufgabe gewachsen ist. Sie ist kein fest gefügtes Konstrukt, sondern ein lebendes, sich anpassendes und sich jeden Tag änderndes Gebilde. Die Flexibilität, untermauert von demokratischen Prinzipien und einer starken Verpflichtung zu gegenseitigem Respekt, ist eine vitale Komponente des Erfolgs der EU.

Für Schuman war die Schaffung einer "De-facto-Solidarität" von großer Wichtigkeit. Ich glaube, es ist diese Solidarität, die eine zentrale Rolle bei der friedvollen und prosperierenden Entwicklung Europas gespielt hat. Diese Solidarität, besonders mit den neuen Mitgliedstaaten, kann das Gefühl unterstützender Unabhängigkeit, die so stark mit den Aktionen der EU zu identifizieren ist, weiterhin unterfüttern. Wir müssen unsere Anstrengungen beibehalten, einen demokratischen europäischen Raum zu entwickeln, in dem gemeinsam geteilte Werte einen gemeinsamen Aufgabenkatalog inspirieren. Daraus kann eine geteilte gegenseitige Verpflichtung resultieren – eine Solidarität zwischen Gesellschaften, die weiterhin am Aufbau und Erhalt einer florierenden Demokratie in Europa arbeiten werden.

Begründung des Direktoriums

der Gesellschaft für die Verleihung
des Internationalen Karlspreises zu Aachen
an den Präsidenten des Europäischen Parlaments, Pat Cox

42

Nach ersten zaghaften Schritten in den 1950er Jahren hat die Europäische Union in den vergangenen Jahrzehnten eine große Wegstrecke zurückgelegt: Aus der Sechser-Gemeinschaft für Kohle und Stahl ist die Union der 15 geworden, und der Beitritt von zehn weiteren Staaten steht unmittelbar bevor. Aus der vormaligen Wirtschaftsgemeinschaft ist eine Handels- und Weltwirtschaftsmacht und der kaufkräftigste Binnenmarkt der Welt hervorgegangen. Und weit über die Grenzen der einstigen Zollunion hinaus zahlen heute mehr als 300 Millionen Menschen in ein- und derselben Währung. Je wichtiger jedoch die Europapolitik für das Leben der Bürgerinnen und Bürger geworden ist, desto schwieriger ist es für sie, klare Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten zu erkennen - was nicht selten mit einem Mangel an öffentlicher Akzeptanz einhergeht. Spätestens der Gipfel von Nizza und der schon vielfach beschriebene Post-Nizza-Prozess haben deutlich gemacht, dass Qualitätsveränderungen in der Europapolitik anstehen.



Jürgen Linden und Pat Cox am Rande des Karlspreis-Forums

Die konkrete Ausgestaltung der Wirtschafts- und Währungs- und schließlich der Politischen Union, die Aufnahme weiterer Staaten in die Gemeinschaft, die Reform des politischen Systems im Rahmen einer künftigen europäischen Verfassung und die Erneuerung der internationalen Rolle der EU läuten eine neue Dimension des Integrationsprozesses ein. In dieser entscheidenden Phase europäischer Zukunftsgestaltung hat - von der Öffentlichkeit teilweise nur unzureichend wahrgenommen - die Institution der Gemeinschaft die Führungsfunktion eingenommen, die als einziges EU-Organ seit nunmehr rund 25



Der Träger des Internationalen Karlspreises 2004:
Pat Cox

Jahren ihre Legitimation aus der direkten Wahl durch die Bevölkerung zieht: das Europäische Parlament.

Es war das Europäische Parlament, das einen Zeitrahmen für den Abschluss der ersten Erweiterungsrunde vorgegeben und insbesondere darauf bestanden hat, dass dieser rechtzeitig erfolgen soll, damit die neuen Mitgliedstaaten an den nächsten Parlamentswahlen im Juni 2004 teilnehmen können.

Und es war das Europäische Parlament, das im Oktober 2000, noch vor dem Abschluss des Vertrags von Nizza, einen Bericht über die Konstitutionalisierung der Europäischen Verträge annahm und die Einsetzung eines Konvents zur Zukunft Europas forderte.

War 2003 das Jahr der Vorbereitung der Erweiterung und weiteren Vertiefung der Union, so wird 2004 das Jahr des Europäischen Parlaments sein. Eines Parlaments, in dem die Erweiterung der Gemeinschaft implementiert und gelebt werden muss und auf dem nun die Hoffnungen auf eine weitere Vertiefung der Integration ruhen. Eines Parlaments, das für die demokratische Identität des Vereinten Europa und die Überwindung nationaler Egoismen steht und eines Parlaments, das durch seine Mitglie-



Der Vorjahrespreisträger, Valéry Giscard d'Estaing, hält die Laudatio auf den Präsidenten des Europäischen Parlaments



Walter Eversheim gab die Entscheidung über die Preisvergabe an Pat Cox im Namen des Karlspreisdirektoriums im Dezember 2003 bekannt

Dublin, wo sein Vater als Uhrmacher arbeitete, geboren, wuchs indes später in Limerick auf und besuchte dort die St. Munchins CBS und die Ard Scoil Ris. Sein Studium der Ökonomie in Limerick schloss er 1974 mit dem Bachelor of Arts ab. Neben seiner Tätigkeit als Lehrbeauftragter für Wirtschaftswissenschaften am Institut für Öffentliche Verwaltung in Dublin graduierte er 1976 zum Master of Arts und übernahm bis 1982 einen Lehrauftrag an seiner Heimat-Universität Limerick. Dort gehörte er zu den Gründern des ersten irischen Nicht-Graduierten-Programms für Europäische Studien.

Zwischen 1982 und 1986 gewann er landesweite Bekanntheit durch seine Tätigkeit als Fernsehmoderator populärer tagespolitischer Sendungen wie "Today Tonight" bei der Fernsehanstalt RTÉ in Dublin, bevor er als Generalsekretär der von ihm mit gegründeten Partei "Progressive Democrats" in die Politik wechselte.

Obwohl bereits 1989 erstmals in das Europäische Parlament gewählt, blieb die irische Politik zunächst sein Schwerpunkt. So fungierte Pat Cox noch zu Beginn der 1990er Jahre als finanzpolitischer Sprecher der Progressive Democrats im Repräsentantenhaus. Von seiner Partei später entzweit, gelang Cox als unabhängi-

gem Kandidaten 1994 die Wiederwahl ins Europäische Parlament. Die liberale Fraktion, der er sich schon 1989 angeschlossen hatte, wählte ihn daraufhin zum stellvertretenden Vorsitzenden – eine Funktion, in der er maßgeblichen Einfluss auf Strategie und Politik der Liberalen nehmen konnte. Noch ein Jahr vor den Parlamentsneuwahlen bestimmte ihn seine Fraktion 1998 zum Vorsitzenden. Als die EU-Kommission unter Vorsitz des Luxemburgers Jacques Santer wenig später wegen des Fehlverhaltens zweier ihrer Mitglieder deutlich an Vertrauen verlor, spielte das Europäische Parlament und hier insbesondere die liberale Fraktion eine bis dahin ungewohnt forcierte Rolle. Vor allem Pat Cox betonte namens der Liberalen immer wieder die



Fraser Cameron im Gespräch mit Gianni Bonvicini und Josef Janning

Irene Schulte-Hillen stellt dem Karlspreis-Träger Pat Cox die Arbeit der Deutschen Stiftung Musikleben vor



individuelle Verantwortung der Kommissionsmitglieder gegenüber dem Europäischen Parlament. Die öffentlich und parlamentarisch ungewöhnlich scharf geführte Debatte führte schließlich im März 1999 – erstmalig in der Geschichte der EU – zum Rücktritt der gesamten Kommission.

Bei den Wahlen im Juni 1999 gelang es Cox, als abermals unabhängiger Kandidat seinen Sitz im Parlament zu verteidigen. Die mit 51 Abgeordneten drittstärkste Fraktion der Liberalen und Demokratischen Partei Europas bestätigte ihn daraufhin auch in seinem Amt als deren Vorsitzender. Am 15. Januar 2002 schließlich wurde der verheiratete Vater von sechs Kindern zum Präsidenten des Europäischen Parlaments gewählt, dem gegenüber er für seine Amtszeit klare Prioritäten definierte:

- Die Erweiterung der Europäischen Union;
- die Stärkung der Rolle des Europäischen Parlaments;
- eine bessere und reifere Zusammenarbeit mit den anderen Institutionen, um ein für die europäischen Bürger transparenteres Gesetzgebungsverfahren zu schaffen. Das demokratische Element, das durch das Europäische Parlament repräsentiert wird, soll klaren Einfluss über bürokratische Verfahren erlangen;
- einen substanziellen Beitrag des Europäischen Parlaments zum Konvent.

Ein unübersehbares Zeichen für die Tatsache, dass sich die Völkervertretung als treibende Kraft des Erwei-

terungsprozesses versteht, setzte Pat Cox in den ersten Monaten seiner Präsidentschaft mit einem noch nie da gewesenen Ereignis. So lud er zur Plenardebatte über die Erweiterung im November 2002 erstmals 147 Mitglieder der nationalen Parlamente aus den zehn unmittelbaren Bewerberländern sowie Gäste aus Bulgarien und Rumänien ein und beschrieb eindrucksvoll das Selbstverständnis der Europaabgeordneten:

"Als Parlamentarierinnen und Parlamentarier sind wir gefordert, eine Führungsrolle zu übernehmen, um in den Mitgliedsstaaten wie auch in den Beitrittsländern die Zustimmung der Öffentlichkeit zu gewinnen. Keine öffentliche Werbe- oder Informationskampagne kann eine echte Politik ersetzen, die sich auf Überzeugung und Vernunft gründet. Nun ist die Zeit gekommen, dass die Politikerinnen und Politiker die Erweiterungsagenda von den Fachleuten übernehmen, die den Weg bereitet haben.

Als Parlamentarierinnen und Parlamentarier sind wir diejenigen, die direkten Kontakt zu unseren Wahlkreisen haben. Wir kennen die Hoffnungen und Ängste unserer Bürgerinnen und Bürger. Wir müssen die Erweiterungsagenda in die Hand nehmen und sie unseren Bürgerinnen und Bürgern vermitteln. Wir müssen auch Visionen mitbringen und unsere Führungsrolle wahrnehmen. Wir sind die unerlässliche demokratische Schnittstelle zwischen unseren Wahlkreisen, unseren Regionen, unseren Ländern und dem Europagedanken."



Gespräche am Rande des Karlspreis-Europa-Forums: Annette Heuser und Klaus Gretschnann

Zur vorbereitenden Begleitung der anstehenden Erweiterungsrunde absolvierte Cox, diesem selbst formulierten Anspruch folgend, bereits in den ersten Monaten seiner Amtszeit Arbeitsreisen in sämtliche unmittelbaren Kandidaten-Staaten. Seine Besuche dienten vor allem dazu, der politischen Führung, aber auch der Bevölkerung in den Beitrittsländern die volle Unterstützung des Europäischen Parlaments in der schwierigen Phase der Vorbereitung ihrer Referenden und auch gegenüber manch westlichem "Bedenken-träger" zuzusagen.

Mit einer groß angelegten Kampagne für ein irisches Ja zum Vertrag von Nizza wandte sich der Parlamentspräsident mit dem Gewicht seines Amtes auch an seine eigenen Landsleute. Als einziger irischer Politiker fuhr er mit einem eigens gemieteten Wahlkampfbus mehrere Wochen lang durch sein Land, um die Bürger vor Supermärkten, in Gaststätten und auf den Straßen direkt anzusprechen. Nachdem das irische Volk beim zweiten Referendum im Oktober 2002 den Weg für die Erweiterung mit überwältigender Mehrheit freigemacht hatte, verlautbarte der Präsident denn auch nicht ohne Stolz: "Dieses Ergebnis beweist, dass das einzige Volk in der EU, das konsultiert wurde, nach einer geraumen Zeit des Nachdenkens ein Zeichen, wie es eindeutiger nicht sein könnte, gesetzt hat, dass das Rendezvous Europas mit der Geschichte nicht weiter verzögert oder aufgeschoben werden darf."

Den politischen Willen, die Beitrittsländer möglichst rasch und möglichst umfassend an den Politiken der Union zu beteiligen, zeigte das von Cox präsidierte Europäische Parlament nachfolgend auch in seiner praktischen Arbeit. So nehmen die Beobachter aus den nationalen Parlamenten der zehn künftigen Mitgliedsstaaten bereits seit Unterzeichnung der Beitrittsverträge im April 2003 an den Arbeiten des Europäischen Parlaments, seines Plenums und seiner Ausschüsse teil.

Transparenz, Bürgernähe und pragmatische Politik zeichnen den liberalen Iren aus; und dieselben Attribute fordert der Parlamentspräsident auch bei den anderen Organen und Institutionen der Union ein. Als der Europäische Rat in Thessaloniki den Verfassungsentwurf des Konvents entgegennahm, appellierte er denn auch mit eindringlichen Worten:

"Es kommt darauf an, dass rechtzeitig vor den nächsten Europawahlen eine Einigung zum Vertrag erzielt wird. Unsere Bürgerinnen und Bürger haben einen Anspruch darauf, zu erfahren, worüber sie abstimmen, und zu wissen, welche Rolle dieses Parlament in einem erweiterten Europa haben soll." [...] "Wie auch immer der Vertrag selbst letzten Endes aussehen mag, die Begeisterung für das Projekt Europa wird nur dann neu entflammen, wenn Europa sich mit den Belangen unserer Bürgerinnen und Bürger auseinandersetzt und den Herausforderungen gewachsen ist. Unsere Wähler ste-

Pat Cox erhält die Urkunde aus den Händen von Oberbürgermeister Linden



hen Fragen nach Abstimmung mit qualifizierter Mehrheit und Subsidiarität mit fröhlicher Gleichgültigkeit gegenüber; sie wollen, dass in den Bereichen Arbeit, Sicherheit und Frieden etwas passiert. Sie interessieren sich weniger dafür, wie wir den Input organisieren, als vielmehr dafür, wie es mit unserer Output-Leistung aussieht."



In einem Gespräch mit der Frankfurter Allgemeinen Zeitung wurde Cox kürzlich noch deutlicher. Unter dem Hinweis, die Wähler ermüde es, wieder und wieder über Vertragsänderungen abzustimmen, forderte er unmissverständlich, in den nächsten Jahren konkrete politische Vorhaben in den Vordergrund der europäischen Politik zu stellen: "Wir sollten für einige Zeit einen Schlusstrich unter die endlosen Selbstbetrachtungen der EU ziehen und uns Aufgaben wie der Schaffung von Arbeitsplätzen und der Wirtschaft zuwenden." (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 10. November 2003).

Wenn im kommenden Jahr 2004 zehn neue Mitgliedstaaten der Gemeinschaft beitreten werden, dann ist dies in ganz entscheidendem Maße auch ein Verdienst des Europäischen Parlaments, dem es nun obliegt, Erweiterung und Vertiefung zu gestalten, zu leben und den Bürgerinnen und Bürgern Europas noch näher zu bringen. Mit Pat Cox ehrt das Direktorium der Gesellschaft für die Verleihung des Internationalen Karlspreises zu Aachen im Jahre 2004 den obersten Repräsentanten der Institution, die mit der Legitimation des einzig direkt gewählten EU-Organs dem demokratischen Element der Union Gestalt gibt, die dem Prozess der Erweiterung in entscheidender Weise Qualität und Dynamik verliehen hat und auf der nun die Hoffnungen für eine weitere Vertiefung des Einigungsprozesses ruhen.

Karlspreis Europa-Forum 2004

Programm



Dienstag, 18. Mai 2004

48

Empfang der Teilnehmer

im Weißen Saal des Rathauses
der Stadt Aachen

Dr. Jürgen Linden
Oberbürgermeister der Stadt Aachen

Abendessen

im Couven-Museum

Begrüßung

Dr. Hermann Krämer
Vorsitzender des Stiftungsrates
der Stiftung Internationaler Karlspreis
zu Aachen

Prof. Dr. Werner Weidenfeld
Mitglied des Präsidiums, Bertelsmann Stiftung,
Gütersloh;
Direktor des Centrums
für angewandte Politikforschung,
Ludwig-Maximilians-Universität,
München

Eröffnungsrede

Das Potenzial Europas nutzen

Wim Kok
Ministerpräsident a. D.
des Königreichs der Niederlande,
Den Haag;
Vorsitzender der hochrangigen Expertengruppe
zur Lissabonstrategie,
Brüssel



Mittwoch, 19. Mai 2004

Tagung

im Ratssaal des Rathauses der Stadt Aachen

Wer regiert Europa? Kerne – Koalitionen – Institutionen

Einführung und Moderation

Prof. Dr. Werner Weidenfeld

Impulsreden

Dr. Eckart Cuntz
Leiter der Europaabteilung
des Auswärtigen Amtes, Berlin

Martin Schulz
Mitglied des Europäischen Parlaments;
Spitzenkandidat der SPD
für die Europa-Wahlen 2004, Brüssel

Kommentare

Prof. Gianni Bonvicini
Direktor des Institute of International Affairs, Rom
Dr. Fraser Cameron
Direktor The European Policy Centre, Brüssel

Wie weit reicht Europa? Erweiterungsstrategien – neue Nachbarschaften – Selbstverständnis

Moderation

Roger de Weck
Publizist/Kolumnist, Berlin und Zürich;
Präsident des Institut Universitaire des Hautes
Etudes Internationales (HEI), Genf;
Mitglied des Stiftungsrates der
Stiftung Internationaler Karlspreis zu Aachen

Impulsreden

Alexandru Fărcas
Minister für Europäische Integration der Republik
Rumänien, Bukarest
William Drozdiak
Geschäftsführender Direktor des Transatlantic Center,
The German Marshall Fund of the US, Brüssel

Wie kann Europa neue Wirtschaftsdynamik entfalten?

Moderation

Prof. Dr. Ernst-Moritz Lipp
Geschäftsführender Gesellschafter, Odewald &
Compagnie Gesellschaft für Beteiligungen mbH,
Berlin; Center for Financial Studies, Johann Wolfgang
Goethe-Universität, Frankfurt am Main

Impulsreden

Jürgen F. Strube
Vorsitzender des Aufsichtsrates der BASF AG,
Ludwigshafen; Mitglied des Aufsichtsrates der
Bertelsmann AG, Gütersloh; Präsident des europäi-
schen Dachverbandes der Industrie- und
Arbeitgeberverbände (UNICE), Brüssel

Winfried Vahland

Stellv. Vorstandsvorsitzender der Skoda Auto a. s.,
Mladá Boleslav

Prof. Dr. Norbert Walter

Chefvolkswirt der Deutsche Bank Gruppe,
Frankfurt am Main

Abendessen

in der Aula Carolina

Rede:

Europas Demokratie

Dick Roche

Europaminister von Irland, Dublin



Karlspreis Europa-Forum 2004

50

Ralph Allgaier Redakteur, Politikredaktion, Aachener Zeitung **Nicoleta Balaci** Beraterin des Ministers für Europäische Integration der Republik Rumänien, Alexandru Fărcas, Bukarest **Prof. em. Dr. Winfried Böttcher** Professor em. am Institut für Politische Wissenschaft der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule (RWTH) Aachen **Prof. Gianni Bonvicini** Director Institute of International Affairs (IAI), Rom **Leopold Bill von Bredow** Botschafter a. D.; Geschäftsführender stellvertretender Präsident der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, Berlin **Prof. Dr. Wilhelm Bürklin** Mitglied der Geschäftsführung des Bundesverbands deutscher Banken, Berlin **Dr. Fraser Cameron** Director The European Policy Centre, Brüssel **Erwin Conradi** Geschäftsführer der Beisheim Holding GmbH, Baar; Mitglied des Vorstandes der Stiftung Internationaler Karlspreis zu Aachen **Dr. Eckart Cuntz** Leiter der Europaabteilung des Auswärtigen Amtes, Berlin **Dr. Fabrice Dolegeal** Sekretär für Internationale Angelegenheiten, Union pour la Démocratie Française (UDF), Paris **William Drozdiak** Geschäftsführender Direktor Transatlantic Center, The German Marshall Fund of the United States, Brüssel **Janis Emmanouilidis** Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Bertelsmann Forschungsgruppe Politik am Centrum für angewandte Politikforschung (CAP), Ludwig-Maximilians-Universität, München **Prof. Dr. Walter Eversheim** Sprecher des Direktoriums der Gesellschaft für die Verleihung des Internationalen Karlspreises zu Aachen; ehem. Direktor des Laboratoriums für Werkzeugmaschinen und Betriebslehre der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule (RWTH) Aachen **Alexandru Fărcas** Minister für Europäische Integration der Republik Rumänien, Bukarest **Joachim Fritz-Vannahme** Europa-Redakteur, Die Zeit, Brüssel **Otto von der Gablentz** Botschafter a. D., Amsterdam; Mitglied des Stiftungsrates der Stiftung Internationaler Karlspreis zu Aachen **Prof. Dr. Ferenc Glatz** Direktor des Instituts für Geschichte an der Ungarischen Akademie der Wissenschaften; ehem. Präsident und derzeitiges Mitglied der Ungarischen Akademie der Wissenschaften, Budapest **Prof. Dr. Klaus Gretschmann** Generaldirektor



des Generalsekretariats im Rat der Europäischen Union, Brüssel **Dr. Thomas Gutschker** Ressortleiter Außenpolitik, Rheinischer Merkur, Bonn **Bernhard Hänel** Politischer Korrespondent, Neue Westfälische, Bielefeld **Prälat Dr. Herbert Hammans** Dompropst, Domkapitel Aachen; Mitglied des Direktoriums der Gesellschaft für die Verleihung des Internationalen Karlspreises zu Aachen **Georg Helg** Mitglied des Landesvorstandes der FDP in NRW; Mitglied des Direktoriums der Gesellschaft für die Verleihung des Internationalen Karlspreises zu Aachen, Raeren **Annette Heuser** Leiterin des Brüsseler Büros der Bertelsmann Stiftung, Brüssel **Johanna Holzhauer** Journalistin, WDR, Bonn; Mitglied des Direktoriums der Gesellschaft für die Verleihung des Internationalen Karlspreises zu Aachen **Dr. Werner Hoyer** Mitglied des Deutschen Bundestages; stellvertretender Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion und außenpolitischer Sprecher der FDP, Berlin **Anja Ingenrieth** Redakteurin, Politikredaktion, Aachener Nachrichten **Josef Janning** Mitglied der Geschäftsleitung der Bertelsmann Stiftung, Gütersloh; Leiter der Bertelsmann Forschungsgruppe Politik am Centrum für angewandte Politikforschung (CAP), München **Prof. Dr. Karl Kaiser** Senior Scholar, Weatherhead Center for International Affairs, Harvard University, Cambridge **Udo van Kampen** Leiter des ZDF-Studios, Brüssel **Waltraud Kaserer** Ressortleiterin Ausland, Welt am Sonntag, Berlin **Hans Kauhsen** Vorstandsvorsitzender a. D. der Sparkasse Aachen; Mitglied des Stiftungsrates der Stiftung Internationaler Karlspreis zu Aachen **Prof. Dr. Maximilian Kerner** Historisches Institut an der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule (RWTH) Aachen **Jan Kleinewefers** Geschäftsführender Gesellschafter der Kleinewefers-Beteiligungs-GmbH, Krefeld; Mitglied des Stiftungsrates der Stiftung Internationaler Karlspreis zu Aachen **Wim Kok** Ministerpräsident a. D. des Königreichs der Niederlande, Den Haag; Vorsitzender der hochrangigen Expertengruppe zur Lissabonstrategie, Brüssel **Dr. Hermann Krämer** Vorsitzender des Stiftungsrates der Stiftung

Teilnehmer

51

Teilnehmer

Internationaler Karlspreis zu Aachen **Karl-Heinz Lambertz** Ministerpräsident der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft, Königreich Belgien, Eupen **Armin Laschet** Mitglied des Europäischen Parlaments, Brüssel; Mitglied des Direktoriums der Gesellschaft für die Verleihung des Internationalen Karlspreises zu Aachen **Dr. André Leysen** Ehrenvorsitzender der Gevaert N. V., Antwerpen; Sprecher des Vorstandes der Stiftung Internationaler Karlspreis zu Aachen **Dr. Jürgen Linden** Oberbürgermeister der Stadt Aachen **Prof. Dr. Ernst-Moritz Lipp** Geschäftsführender Gesellschafter der Odewald & Compagnie Gesellschaft für Beteiligungen mbH, Berlin; Center for Financial Studies, Johann Wolfgang Goethe-Universität, Frankfurt am Main **Martijn van der Mandele** Präsident RAND Europe, Leiden **Bernd Mathieu** Chefredakteur der Aachener Zeitung und der Aachener Nachrichten **Dr. Johannes Meier** Mitglied des Präsidiums der Bertelsmann Stiftung, Gütersloh **Solveig Münstermann** Studio- und Hörfunkleiterin des WDR Studios Aachen **Paul Neeteson** Generaldelegierter der Saint Gobain, Generaldelegation für Deutschland, Mittel- und Osteuropa; Mitglied des Direktoriums der Gesellschaft für die Verleihung des Internationalen Karlspreises zu Aachen **Dr. Alfred Freiherr von Oppenheim** Vorsitzender des Aufsichtsrates Bankhaus Sal. Oppenheim jr. & Cie, Köln; Präsident der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, Berlin **Prof. Leoluca Orlando** Oppositionsführer im Sizilianischen Parlament, Palermo **Marija Pejcinovic Buric** Staatssekretärin, Ministerin für Europäische Integration der Republik Kroatien, Zagreb **Dr. Jost Pfeiffer** Ehrenbürger der Stadt Aachen; ehem. Mitglied des Direktoriums der



Gesellschaft für die Verleihung des Internationalen Karlspreises zu Aachen **Wim Philippa** Secretary General, European Round Table of Industrialists, Brüssel **Elizabeth Pond** Redakteurin Internationale Politik: Transatlantic Edition, Berlin **Wolfgang Proissl** Leiter Außenpolitik, Financial Times Deutschland, Berlin **Prof. Dr. Burkhard Rauhut** Rektor der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule (RWTH) Aachen; Mitglied des Direktoriums der Gesellschaft für die Verleihung des Internationalen Karlspreises zu Aachen **Prof. Dr. Emanuel Richter** Professor am Institut für Politische Wissenschaft der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule (RWTH) Aachen **Dick Roche** Europaminister der Republik Irland, Dublin **Sabine Rosenblatt** Chefredakteurin Internationale Politik, Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, Berlin **Prof. Dr. Ralph Rotte** Professor für Politische Wissenschaft

am Institut für Politische Wissenschaft der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule (RWTH) Aachen **Prof. Dr. Eberhard Sandschneider** Otto-Wolff-Direktor der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, Berlin **Gerd Schulte-Hillen** Vorsitzender des Aufsichtsrates a. D. der Bertelsmann AG, Hamburg **Irene Schulte-Hillen** Vorsitzende des Vorstandes der Deutschen Stiftung Musikleben, Hamburg; Mitglied des Direktoriums der Gesellschaft für die Verleihung des Internationalen Karlspreises zu Aachen **Martin Schulz** Mitglied des Europäischen Parlaments; Spitzenkandidat der SPD für die Europa-Wahlen 2004, Brüssel **Prof. Dr. Jürgen Strube** Vorsitzender des Aufsichtsrates der BASF AG, Ludwigshafen; Mitglied des Aufsichtsrates der Bertelsmann AG, Gütersloh; Präsident des europäischen Dachverbandes der Industrie- und Arbeitgeberverbände (UNICE), Brüssel **Dr. Walther Stütze** Staatssekretär a. D., Berlin **Paul Taylor** Redakteur Internationale Beziehungen, Reuters, Brüssel **Jürgen Turek** Geschäftsführer des Centrums für angewandte Politikforschung (CAP), Ludwig-Maximilians-Universität, München **Winfried Vahland** Stellvertretender Vorstandsvorsitzender der Skoda Auto a. s., Mladá Boleslav **Prof. Dr. Uwe Wagschal** Professor für Politische Wissenschaft am Geschwister-Scholl-Institut, Ludwig-Maximilians-Universität, München **Prof. Dr. Norbert Walter** Chefvolkswirt der Deutsche Bank Gruppe, Frankfurt am Main **Roger de Weck** Publizist/Kolumnist, Berlin und Zürich; Präsident des Institut Universitaire des Hautes Etudes Internationales (HEI), Genf; Mitglied des Stiftungsrates der Stiftung Internationaler Karlspreis zu Aachen **Prof. Dr. Werner Weidenfeld** Mitglied des Präsidiums der

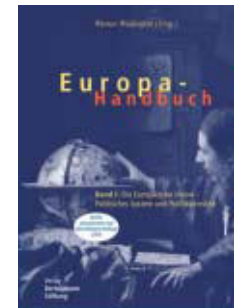
Bertelsmann Stiftung, Gütersloh; Direktor des Centrums für angewandte Politikforschung (CAP), Ludwig-Maximilians-Universität, München **Michael Wirtz** Geschäftsführender Gesellschafter der Grünenthal GmbH; Präsident der Industrie- und Handelskammer, Aachen; Mitglied des Direktoriums der Gesellschaft für die Verleihung des Internationalen Karlspreises zu Aachen **Ulrike Wischer** Fernsehleiterin des WDR-Studios Aachen



Armin Laschet und Martin Schulz kämpfen in Aachen um den Wiedereinzug ins Europäische Parlament

Europa-Handbuch

Werner Weidenfeld (Hg.), aktualisiert und völlig überarbeitet, 2 Bände, erscheint im Herbst 2004 Verlag Bertelsmann Stiftung, Gütersloh, ISBN 3-89204-769-3



Die EU-Verfassung in der Analyse

Werner Weidenfeld (Hg.), erscheint im Herbst 2004
Verlag Bertelsmann Stiftung, Gütersloh, ISBN 3-89204-727-8 (inklusive CD-ROM)

Managing Integration. The European Union's responsibilities towards immigrants

Rita Süßmuth and Werner Weidenfeld (Eds.), CD-ROM, 2004
Bertelsmann Foundation Publishers, Gütersloh, ISBN 3-89204-770-7

Bertelsmann Transformation Index 2003. Auf dem Weg zur marktwirtschaftlichen Demokratie

Bertelsmann Stiftung (Hg.), 1. Auflage 2004
Verlag Bertelsmann Stiftung, Gütersloh, ISBN 3-89204-728-6

Der EU-Reformkonvent – Analyse und Dokumentation

Claus Giering (Hg.), CD-ROM, 1. Auflage 2003
Verlag Bertelsmann Stiftung, Gütersloh, ISBN 3-89204-747-2

Nizza in der Analyse. Strategien für Europa

Werner Weidenfeld (Hg.), 1. Auflage 2001
Verlag Bertelsmann Stiftung, Gütersloh, ISBN 3-89204-569-0

Karlspreis-Europa-Forum 2003. Die Regierungsfähigkeit des Großen Europa

Bertelsmann Stiftung (Hg.), 1. Auflage 2003
Verlag Bertelsmann Stiftung, Gütersloh, Best.-Nr. 05601

Der schwerfällige Riese. Wie Russland den Wandel gestalten soll

Olaf Hillenbrand, Iris Kempe (Hg.) 1. Auflage 2003
Verlag Bertelsmann Stiftung, Gütersloh, ISBN 3-89204-643-3

Herausforderung Terrorismus. Die Zukunft der Sicherheit

Werner Weidenfeld (Hg.), 1. Auflage 2004
VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, ISBN 3-531-14171-6

A European Defence Strategy

Bertelsmann Foundation (Ed.), Gütersloh, May 2004

Reform Spotlight

Sowohl die Arbeit des Konvents als auch die zweite Reformetappe unter Regie der nationalen Regierungen werden von der Bertelsmann Stiftung und der Bertelsmann Forschungsgruppe Politik am Münchner Centrum für angewandte Politikforschung analysierend und beratend begleitet. Das Reform-Spotlight spiegelt unsere Arbeit als europapolitischer Think Tank wider, der wissenschaftliches Know-how mit politikrelevanten Strategiekonzepten verbindet. Alle Reform-Spotlights sind in deutscher und englischer Fassung erhältlich.
<http://www.eu-reform.de/>

Weitere Publikationen finden Sie auf der Website des Verlags Bertelsmann Stiftung:
Please find further publications on the Website of Bertelsmann Foundation Publishers:
www.bertelsmann-stiftung.de/verlag



Impressum

© 2004

Bertelsmann Stiftung

Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh

Themenfeld Internationale Verständigung

Verantwortlich

Armando García Schmidt

Telefon: +49 / 05241 / 81 81 543

Telefax: +49 / 05241 / 81 681 543

e-mail: armando.garciaschmidt@bertelsmann.de

Redaktion und Lektorat

Armando García Schmidt

Sibylle Reiter

Fotografien

Marc Darchinger, Berlin

Alle Fotografien außer:

Umschlag, S. 10 (oben), S. 43, S. 47 (oben):

Andreas Hermann, Aachen

(Mit freundlicher Genehmigung der Stadt Aachen)

Gestaltung

LesShrags, Lothar Kreutzer, 86923 Entringen

Druck

EOS Druck, 86941 St. Ottilien

www.bertelsmann-stiftung.de

